

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Andreas Dörner

Politische Sprache – Instrument und Institution
der Politik

Horst Dieter Schlosser

Deutsche Teilung, deutsche Einheit und
die Sprache der Deutschen

Peter Ludes

„Von mir hätten Sie immer
nur die halbe Wahrheit bekommen.“

Interviews mit Journalisten des
Deutschen Fernsehfunks der DDR

B 17/91
19. April 1991

Andreas Dörner, geb. 1960; Studium der Sozialwissenschaften und Germanistik; seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Politikwissenschaft an der Universität Essen; arbeitet z. Zt. an einer Dissertation über „Politische Mythen in der Moderne“ am Beispiel des Hermannsmythos in Deutschland.

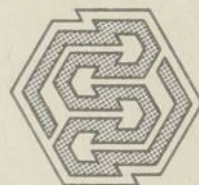
Veröffentlichungen: Aufsätze zu den Bereichen politische Sprache, politische Kultur, Semiotik und Wissenschaftssoziologie.

Horst Dieter Schlosser, Dr. phil., geb. 1937; Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik; seit 1972 Professor für Deutsche Philologie an der Universität Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: (Mithrsg.) Sprachliche Normen und Normierungsfolgen in der DDR, Hildesheim 1986; Die deutsche Sprache in der DDR. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990; (zus. mit M. Grabka) Medizin und Sprache im technischen Wandel, Frankfurt 1990; (Hrsg.) Kommunikationsstrukturen und Alltagssprache in der ehemaligen DDR, Hamburg 1991 (i. E.).

Peter Ludes, Dr. phil., Ph. D. (USA), geb. 1950; Privatdozent; seit 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen im DFG-Sonderforschungsbereich Bildschirmmedien.

Veröffentlichungen u. a.: Drei moderne soziologische Theorien. Zur Entwicklung des Orientierungsmittels Alternativen, Göttingen 1989; Kulturtheorien als Intermedienspiele, Essen 1989; (Hrsg.) DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990; Kulturtransfer und transkulturelle Prozesse. Amerikanisierung und Europäisierung des Fernsehprogramms in der Bundesrepublik, Heidelberg 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Politische Sprache – Instrument und Institution der Politik

I. Einleitung: Der Donnerkeil des Mirabeau

Heinrich von Kleist schildert in seinem Aufsatz „Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden“ ein aufschlußreiches Beispiel für die eigenartige Dynamik der politischen Sprache. Er bezieht sich dabei auf die berühmte Rede des Grafen Mirabeau in der französischen Deputiertenkammer am 23. Juli 1789, mit der dieser dem Zeremonienmeister des Königs auf dessen Auflösungsbefehl antwortet. Der Leser kann anhand der Kleistschen Kommentare (die jeweils aus der Ich-Perspektive eingeflochten sind) genau verfolgen, wie sich im Akt des Sprechens das Machtpotential der politischen Sprache entfaltet:

„Ja“, antwortete Mirabeau, *„wir haben des Königs Befehl vernommen“* – ich (d.i. Kleist) bin gewiß, daß er, bei diesem humanen Anfang, noch nicht an die Bajonette dachte, mit welchen er schloß: *„ja, mein Herr“*, wiederholte er, *„wir haben ihn vernommen“* – man sieht, daß er noch gar nicht recht weiß, was er will. *„Doch was berechtigt Sie“* fuhr er fort, und nun plötzlich geht ihm ein Quell ungeheurer Vorstellungen auf – *„uns hier Befehle anzudeuten? Wir sind die Repräsentanten der Nation.“* – Das war es, was er brauchte! *„Die Nation gibt Befehle und empfängt keine.“* – um sich gleich auf den Gipfel der Vermessenheit zu schwingen. *„Und damit ich mich Ihnen ganz deutlich erkläre“* – und erst jetzo findet er, was den ganzen Widerstand, zu welchem seine Seele gerüstet dasteht, ausdrückt: *„so sagen Sie Ihrem Könige, daß wir unsre Plätze anders nicht, als auf die Gewalt der Bajonette verlassen werden.“* (...) Man liest, daß Mirabeau, sobald der Zeremonienmeister sich entfernt hatte, aufstand, und vorschlug: 1) sich sogleich als Nationalversammlung, und 2) als unverletzlich, zu konstituieren.“¹⁾

Was geht hier vor? Kleist zeigt zunächst, welche bewegende Macht vom gesprochenen Wort ausgehen kann: hier die Macht der Selbstdefinition, die, einmal ausgesprochen, es einer Gruppe von Männern ermöglicht, sich als Repräsentanten einer „Nation“ zu deklarieren und auch gleich die ent-

sprechenden institutionellen Schritte einzuleiten – allen Lähmungen zum Trotz, die das Wort des Königs früher beim Volk ausgelöst hatte. Durch den Sprachakt werden neue politische Realitäten geschaffen.

Zum anderen ist jedoch zu beachten, daß Mirabeau diesen Sprachakt keineswegs aus dem völligen Nichts heraus schöpfen konnte. Die Möglichkeit einer Bedeutung der Wörter „Repräsentanten der Nation“ in Mirabeaus Sinne muß sich bereits im Vorfeld der Ereignisse eröffnet haben, denn ohne einen – von der sozialgeschichtlichen Forschung mittlerweile auch gut aufgearbeiteten²⁾ – entsprechenden Wandel von Mentalität und Sprachbewußtsein würde eine derartige Äußerung unverstanden im Raum stehenbleiben.

Schließlich aber wäre das geschilderte Ereignis eine unbedeutende Anekdote geblieben, wenn nicht das reale politische Handeln der französischen Bürger diesem neuen Sprachgebrauch der „Nation“ zum politischen Durchbruch verholfen hätte.

Die Kleistsche Beschreibung gibt somit einen schlaglichtartigen Einblick in das Beziehungsgeflecht, in dem politische Sprache ihre charakteristische Wirksamkeit entfaltet. Sie konstituiert sich in einem stetigen Wechselspiel zwischen individuellem Sprachhandeln (Sprache als Instrument) und kollektiv verbindlichen Regeln des Sprachgebrauchs (Sprache als Institution). Dabei bleibt sie immer bezogen auf den gesellschaftlichen Rahmen, innerhalb dessen gesprochen und geschrieben wird. Allerdings besteht zwischen Sprache und politischer Realität keineswegs ein simples Abhängigkeitsverhältnis. Zwar ist kein Sprachgebrauch unabhängig von seinen kontextuellen Bedingungen denkbar – aber, wie das Beispiel zeigt, kann

¹⁾ Heinrich von Kleist, *Über die allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden*, in: Heinrich von Kleist, *Sämtliche Werke*, hrsg. von Curt Grützmacher, München 1967, S. 880–884.

²⁾ Vgl. Rolf Reichardt, *Zur Geschichte politisch-sozialer Begriffe in Frankreich zwischen Absolutismus und Revolution*, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, 12 (1982) 47, S. 49–74; Reinhart Koselleck/Rolf Reichardt (Hrsg.), *Die Französische Revolution als Bruch des gesellschaftlichen Bewußtseins. Vorlagen und Diskussionen der internationalen Arbeitstagung am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld*, 28. Mai – 1. Juni 1985, München 1988.

eine neue Sprache auch neue politische Fakten schaffen.

Es scheint alles andere als Zufall, daß die Besonderheit der modernen politischen Sprache gerade im Kontext der Französischen Revolution so deutlich hervortritt. Die Revolution stellt – wie für viele andere Bereiche – auch für die politische Kommunikation eine entscheidende Modernitätsschwelle dar. Natürlich haben auch die alten Griechen schon über Möglichkeiten wie Grenzen politischer Rhetorik oder über Wahrheit und Falschheit von politischen Begriffen nachgedacht. Um 1789 jedoch entsteht nicht nur eine radikal neue politisch-soziale Begrifflichkeit, sondern der bewußte Umgang mit politischer Sprache erreicht nach Aufwand und Wirkung eine völlig andere Qualität. Die neuen bürgerlichen Eliten prägen neue Wörter und Bedeutungen und setzen diese mit umfangreichen „sprachpolitischen“ Maßnahmen durch: Massenwirksame und massenmobilisierende Propaganda rückt in den Mittelpunkt politischen Handelns, und es werden sogar Grammatiker und Wörterbuchautoren großzügig bezahlt, um auch auf diesem Wege die Macht im Staate zu festigen³⁾.

Wie hier beim Beispiel der Französischen Revolution sind es meist gesellschaftliche Umbruch- und Extremsituationen, die gleichsam wie die plötzlich auftauchende Spitze eines Eisbergs Mechanismen bewußt machen, die doch unter der Oberfläche politisch-gesellschaftlicher Normalität immer schon am Werk sind. Hierzulande etwa sind noch gut die sprachlichen Erscheinungen unserer nationalsozialistischen Vergangenheit präsent. Nicht nur zentral gesteuerte Sprachregelungen, sondern vor allem die vielen sprachlichen Alltäglichkeiten haben das Terrorsystem in die Köpfe der Menschen hineingepflanzt, was ihm eine enorme politische Stabilität verliehen hat⁴⁾. Und schließlich wird uns heute die Relevanz von politischen Sprachwelten sinnlich faßbar vor Augen geführt in einer Situation, wo langjährige „realsozialistische“ Sprachrituale in der ehemaligen DDR, das neue Selbstbewußtsein des „Wir sind das Volk“ und die Sprachgewohnheiten der alten Bundesrepublik hart aneinanderstoßen.

Die Voraussetzungen und Funktionsweisen sowohl des alltäglichen wie des außeralltäglichen politischen Sprachgebrauchs sollen im folgenden genauer beleuchtet werden⁵⁾.

II. Das sprachliche Zeichen und die Konstruktion von Wirklichkeit

Wer über politische Sprache nachdenken will, der muß sich zunächst einige grundlegende Eigenschaften von Sprache überhaupt bewußt machen. Woraus besteht Sprache und aufgrund welcher Prozesse funktioniert sie? Zunächst ist wichtig: Die elementaren Einheiten, derer wir uns im täglichen Umgang mit Sprache bedienen, sind Zeichen. Sprache ist nicht das einzige, wohl aber das wichtigste Zeichenphänomen der modernen Welt. Sprachliche Zeichen, z. B. Wörter oder Sätze, stellen jeweils eine Kombination dar aus einem sinnenfälligen Ausdruck (einer Laut- oder Buchstabenkette) und einem sinnhaften Inhalt, der die

„Bedeutung“ des Zeichens ausmacht. Die Ausdruckseite ist zunächst relativ unproblematisch⁶⁾, auch wenn hier etwa die Dimensionen von Stil und Ästhetik eine eigene politische Relevanz entwickeln können, wie weiter unten noch gezeigt wird. Komplizierter und spannender erscheint zunächst der Inhalt.

Zum ersten gilt: Der Inhalt eines sprachlichen Zeichens ist nicht einfach ein Ding oder ein Sachverhalt, der objektiv gegeben ist. Wenn dem so wäre, dann erschiene der Streit um Worte als leeres Geschwätz. Plausibler ist es, mit der neueren zeichentheoretischen Forschung den Inhalt aufzufassen als sozial konventionalisierte Vorstellungen von den Dingen und Sachverhalten, die wir

³⁾ Vgl. Brigitte Schlieben-Lange, Die Französische Revolution und die Sprache, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, 11 (1981) 41, S. 90–123.

⁴⁾ Vgl. dazu den hervorragenden Überblick bei Michael Marek, „Wer deutsch spricht, wird nicht verstanden!“ Der wissenschaftliche Diskurs über das Verhältnis von Sprache und Politik im Nationalsozialismus – Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte, 30 (1990), S. 454–492. Ferner zum Thema immer noch lesenswert: Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1990.

⁵⁾ Zur Einführung in die Thematik der politischen Sprache vgl. u. a. Rolf Bachem, Einführung in die Analyse politischer Texte, München 1979; Wolfgang Bergsdorf, Politik und Sprache, München 1978; Walther Dieckmann, Sprache und Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache, Heidelberg 1969; Michael J. Geis, The Language of Politics, New York u. a. 1987.

⁶⁾ Dies gilt, obwohl uns etwa die Folgen der Durchsetzung der Schriftsprache zeigen, daß die Ausdrucksebene und deren Fixierung in bestimmten Konstellationen sehr wichtig werden kann; zu dem im folgenden entwickelten und verwendeten Zeichenbegriff vgl. Umberto Eco, Zeichen. Einführung in einen Begriff und seine Geschichte, Frankfurt/M. 1977; Louis Hjelmslev, Prolegomena to a Theory of Language, Madison u. a. 1969; Charles Sanders Peirce, Collected Papers of Charles Sanders Peirce. Vol III: Exact Logic. Vol. IV: The Simplest Mathematics, hrsg. von Charles Hawthorne and Paul Weiss, Cambridge, Mass. 1933; Valentin N. Volosinov, Marxismus und Sprachphilosophie. Grundlegende Probleme der soziologischen Methode in der Sprachwissenschaft (1928), Frankfurt/M. 1975.

ihrerseits nur in Form von Zeichen artikulieren können. Das läßt sich exemplarisch beobachten an einer Wörterbuch-Definition, die das Definierende umschreibt mit Wörtern, welche wiederum mit anderen Wörtern näher geklärt bzw. „interpretiert“ werden (Beispiel: *Trost* = Zuversicht im Unglück, Erleichterung im Leid, Zuspruch). Im Grunde kommen wir aus diesem Prozeß der Interpretation von Zeichen durch Zeichen, aus der „unendlichen Semiose“ gar nicht heraus. Wenn ich z.B. klären will, was jemand unter *Demokratie* versteht, muß ich sehen, welche Begriffe er zur Füllung heranzieht, etwa *Beteiligung*, *Gleichberechtigung* usw., die ihrerseits interpretationswürdig sind. Selbst bei einem unverdächtigen Wort wie *Tomate* zeigt sich in bestimmten Kontexten (etwa einer EG-Definition), daß der Inhalt ein komplexes Produkt ökonomischer und sozialer Interpretationen ist; ganz abgesehen von jener „Reichsschokoladenverordnung“ aus den Zeiten der Kontingentierung, die lapidar feststellt: „Weihnachtsmann im Sinne dieses Gesetzes ist auch der Osterhase.“

Als zweites läßt sich für alle Inhalte sagen, daß sie – in jeweils unterschiedlicher Gewichtung – drei Dimensionen des Weltbezuges aufweisen: einen *kognitiv-darstellenden*, einen *affektiv-gefühlsbezogenen* und einen *evaluativ-bewertenden*. Das läßt sich an einem konkreten Beispiel verdeutlichen.

Wenn der Bundesinnenminister in einem Presseinterview sagt, der Asylanstrom habe mit einem Anstieg der Asylanträge um 50 Prozent ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen, dann

- vermittelt er einen zahlenförmig erfaßbaren Sachverhalt,
- drückt ein Gefühl der Besorgnis oder sogar der Angst angesichts dieses Sachverhaltes aus und
- bewertet das Dargestellte so, daß eine alsbaldige Veränderung nahegelegt wird.

Die bewertende Dimension ist in der Regel mit einem Appell an die Rezipienten der Äußerung verbunden, etwas zu tun oder zu unterlassen – hier etwa an Exekutivbeamte, Politikerkollegen oder Wähler, an der Beseitigung des „Mißstandes“ mitzuarbeiten, wobei die Wortwahl das ihrige beiträgt („Strom“ hat etwas archaisch Beängstigendes, das Vorstellungen von Überflutung, Mitgerissenwerden und Unbeherrschbarkeit hervorruft).

Damit ist aber immer noch nicht geklärt, wie die konkreten Bedeutungen einer sprachlichen Äußerung zustande kommen. Mit einem Ausdruck kann sich ja eine Vielzahl von Kognitionen, Gefühlen und Wertungen verbinden. Beliebig darf es dennoch nicht sein, sonst würde Kommunikation nicht funktionieren. Nun, alle Sprachteilnehmer können sich zunächst auf Sprache als Institution beziehen, in der zum Teil sehr genau (vgl. juristische oder

andere Fachbegriffe), zum Teil sehr vage die Inhalte festgelegt sind. Wir alle wachsen ja in die Sprache als ein uns vorgegebenes System von Bedeutungen hinein, was uns davor bewahrt, den Sinn einer Äußerung immer aufs neue aushandeln zu müssen. Andererseits füllen wir unsere Sprache gemäß unseren individuellen Erfahrungen je verschieden aus.

Welche Bedeutung tatsächlich realisiert wird, wie sie emotional und wertend eingefärbt ist, das bleibt immer eine Frage der konkreten Interaktion zwischen den beteiligten Menschen: eine Frage unterschiedlicher Erfahrungshorizonte (ein DDR-Bürger hat z.B. „Staat“ ganz anders erfahren als ein Bundesbürger), eine Frage jeweiliger Interessen und damit letztlich auch eine Frage der kommunikativen Macht (s. u.). Der Kampf um die geltende Interpretation von Wörtern findet nicht nur bei öffentlichen Debatten um „Nach- oder Aufrüstung“ und das „Modell Deutschland“ statt, sondern er wird täglich sichtbar etwa zwischen Ehepartnern, die sich um die Frage streiten, wer wen mehr „liebt“ bzw. ob man einander überhaupt noch liebt, oder auch zwischen Lehrern und Schülern, die den Inhalt von Notenprädikaten wie „sehr gut“ oder „mangelhaft“ aushandeln.

Das Resultat dieser Zeichenprozesse legt jeweils fest, was „für uns“ als Realität gilt. Ob wir in einem freiheitlichen Rechtsstaat oder einem repressiven System, in einer multikulturellen Vielfalt oder in einer Bedrohung durch „Überfremdung“ leben – das ist nicht zuletzt abhängig von der jeweils akzeptierten sprachlichen Definition. Insofern ist Sprache das zentrale Medium der „gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit“, wie es die Soziologen Berger und Luckmann treffend formuliert haben⁷⁾. Auch die *politische* Wirklichkeit ist in diesem Sinne sprachlich konstruiert. Wenn es also immer wieder erbitterten Streit um Worte und Formulierungen gibt, so ist das kein Indikator für Anormalität oder für einen Verfall der politischen Kultur, den man durch den „vernünftigen“ Bezug auf etwas objektiv Gegebenes vermeiden könnte, sondern es ist eine logische Konsequenz der konstitutiven Rolle der Sprache für unsere politische Wirklichkeit. Eine liberalrechtsstaatliche Demokratie läßt sich von einer Diktatur genau dadurch unterscheiden, ob es eine Vielstimmigkeit von – z. T. bewußt unscharf gelassenen – Realitätsdefinitionen gibt oder ob *eine* Variante mit Zwang als die verbindlich gültige durchgesetzt wird.

⁷⁾ Vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt 1969.

III. Funktionen politischer Sprache

Was leistet nun konkret diese sprachliche Konstruktion politischer Wirklichkeiten? Zunächst einmal reduzieren wir dadurch die Komplexität der uns umgebenden sozialen Welt. Wir ziehen durch Benennung und Typisierung Strukturen ein in die amorphe Vielfalt von Sinneseindrücken. Das heißt auch, daß jeweils bestimmte Dinge herausgehoben, andere ausgeblendet werden. Entschieden wird hier aber nicht nur, *was* wir wahrnehmen, sondern vor allem auch, *wie* wir es kategorisieren: ob uns ein Staat als Beschützer oder als Bedrohung begegnet, ob ein Flüchtling als willkommener Gast oder als gefährlicher „Asylant“ oder ein Jude als Mitmensch oder „Untermensch“ erscheint, das ist durch Sprache steuerbar.

Eines darf dabei nicht übersehen werden: Wenn Sprache das definiert, was für uns politische Wirklichkeit ist, dann legt sie auch den Rahmen dessen fest, was politisch getan werden kann. Sagbares und Machbares sind untrennbar miteinander verknüpft⁸⁾. Gelingt es einem Politiker, entgegen den geltenden Konventionen neue Perspektiven aufzuzeigen, so eröffnet er damit auch neue Handlungsräume. Gerade darin liegt ja die Faszination des Visionären, daß es die Grenzen unserer sprachlich konstituierten Welt durchbricht und Veränderbarkeit ermöglicht. Die Marxschen Visionen von der klassenfreien Gesellschaft sind für diesen Zusammenhang ein anschauliches Beispiel, wie immer man zu den konkreten Resultaten auch stehen mag. Die Verknüpfung gilt freilich auch für die Freisetzung destruktiver Energien. Dort, wo Menschen als *Ratten* und *Ungeziefer* bezeichnet werden dürfen, ist es sehr viel leichter, auch zu entsprechenden Vernichtungsmitteln bis hin zum Giftgas zu greifen.

Immer da, wo sich solche sprachliche Perspektive von Welt verfestigt, tritt die sinnkonstituierende Funktion von Sprache zutage. Sie läßt uns eine Situation aufgrund einer selektiv positiven Einfärbung als sinnhaft erleben, sie bündelt und kanalisiert unsere Gefühle – sei es zur Legitimation von vorhandenen politischen Welten, sei es zum Streben nach einer utopischen Gegenwelt. Diese sinnkonstituierende Kraft von Sprache macht sie zu einem zentralen politischen Steuerungselement, das es erlaubt, ohne physische Gewalt oder materielle Anreize ganze Menschenmassen zu mobilisieren – auch dort, wo moralische Hemmschwellen der Mobilisierung im Wege zu stehen scheinen⁹⁾.

⁸⁾ Vgl. Willibald Steinmetz, *Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume in England 1780–1867*, Diss. Bielefeld 1989. Steinmetz veranschaulicht seine These sehr eindrucksvoll anhand von Wahlrechtsdebatten im englischen Parlament.

Man denke hierbei nur an den Krieg am Golf. Hunderttausende von Irakern wurden durch das Zauberwort „Jihad“ (heiliger Krieg) in einen für unser Empfinden ebenso grausigen wie wahnsinnigen Krieg geschickt; Krieg erscheint hier nicht mehr als blutiges Interessenkalkül der Mächtigen, sondern als ekstatische Erfüllung einer heiligen Sache. Und das nur wenige Jahre, nachdem unter der gleichen Parole iranische Kinder in irakische Giftgasgranaten getrieben worden waren. Auf der anderen Seite, das sollte nicht vergessen werden, stehen aber heute auch einige Missionare der „westlichen Zivilisation“, die den gerechten Krieg auf ihre Fahnen geschrieben haben und am liebsten den gesamten Irak in die Steinzeit zurückbomben würden.

Schließlich ist zu bedenken, daß Sprache nie ein individueller Besitz, sondern eine soziale Institution ist. Die Gemeinsamkeit von sprachlich vermittelten Sinnwelten schafft Zugehörigkeiten und politische Identitäten. Nicht zuletzt die sogenannten „Fahnenwörter“ (Dieckmann) sind es, die wie ein Signal Gruppen zusammenhalten lassen: Ende des letzten Jahrhunderts etwa die politischen Lager mit den Parolen von „Kaiser und Vaterland“, „Thron und Altar“ oder „Solidarität des internationalen Proletariats“. So wie uns heimliche Gefühle beschleichen, wenn wir in der Fremde jemanden deutsch sprechen hören, so vermittelt uns ein vertrautes und positiv besetztes Vokabular das Gefühl einer politisch-sozialen Heimat.

Im öffentlichen politischen Kampf der Bundesrepublik findet die Abgrenzung allerdings meist über negativ besetzte, gleichsam stigmatisierende Schlüsselwörter statt (man erinnere sich etwa an *Sozialismus* in „Freiheit statt Sozialismus“ oder „Der Sozialismus geht, wir kommen“). Zur Selbstbeschreibung werden in unserer auf die politische Mitte orientierten Landschaft fast ausschließlich Konsenskategorien verwendet, die nirgendwo auf Widerstand stoßen (*Freiheit, Fortschritt, Sicherheit* etc.) – Unterschiede oder Konfliktlinien sind erst in den Nuancen und in der konkreten Füllung der Wörter sichtbar. Wer von dieser Konsenslinie sprachlich abweicht, der muß damit rechnen, schnell als „extrem“ oder „außerhalb des Systems“ stehend wahrgenommen und aus dem legitimen politischen Diskurs ausgeschlossen zu werden.

⁹⁾ Diese Funktion von politischer Sprache wird besonders von verdichteten Sprachformen wie Symbolen und Mythen ausgeübt. Ein solches verdichtetes Syndrom aus Kognition, Emotion und Bewertung kann mitunter eine Dynamik entfalten, die ganze Zivilisationsprozesse außer Kraft setzt und schier unglaubliche Grausamkeiten von Menschen gegen Menschen ermöglicht; vgl. Herfried Münkler/Wolfgang Storch, *Siegfried. Politik mit einem deutschen Mythos*, Berlin 1988.

IV. Politische Sprache als Instrument

Mit dem instrumentellen Charakter politischer Sprache kommt die pragmatische Dimension der Sprachhandlungen und Sprachwirkungen in den Blick. Sprechen und Schreiben, Hören und Lesen werden als Formen der Interaktion verstanden, die freilich neben gewollten auch ungewollte, neben erwarteten auch unerwartete Reaktionen ermöglichen. Welche Bedeutung letztlich realisiert und mit welchen Konsequenzen verarbeitet wird, das stellt sich – wie schon betont – als Resultat eines komplexen Prozesses her.

Jeder politische Sprachakteur versucht zunächst, bei seinen Rezipienten bestimmte Kognitionen, Emotionen und Bewertungen hervorzurufen, um auf diesem Weg konkrete politische Verhaltensweisen zu bewirken. Dies kann in politischen Normallagen die bloße Zustimmung zu einem Regierungshandeln sein. In unser Bewußtsein rückt es jedoch eher dann, wenn das Ziel eine außeralltägliche Mobilisierung wie etwa zu Streiks, Blockaden und anderen Aktionen darstellt. Wie dies vonstatten geht, das hängt vom Kontext ab, in dem gesprochen wird. Interne politische Kommunikation in Organisationen verläuft anders als die öffentliche Auseinandersetzung¹⁰⁾, in einer Demokratie wird anders gesprochen als in der Diktatur, im Krieg anders als im Frieden. Ungeachtet dieser Differenzierungen handelt es sich grundsätzlich um drei Mechanismen:

- Der Versuch, Wörter und Formulierungen zur Beschreibung einer Situation zu verbreiten, um damit das Feld für politische Aktionen zu öffnen: Ein geradezu „klassisch“ gewordenes Beispiel ist das Wort „Nachrüstung“, das vor einigen Jahren eine Reihe von rüstungspolitischen Maßnahmen als legitim und vernünftig erscheinen lassen sollte. Dieser Versuch kann auch als weitgehend geglückt gelten; das Wort hat sich im öffentlichen Sprachgebrauch mit Ausnahme des grün-alternativen Milieus weitgehend durchgesetzt. Die rhetorischen Mittel des Euphemismus (Beschönigung) und der Hyperbel (Übertreibung) spielen hier eine besonders prominente Rolle: Mit ihrer Hilfe können Gefahren überspielt (von den „Brennstäben“ bis zum „Entsorgungspark“) oder „hochgekocht“ werden (wie bei der „Asylantenflut“¹¹⁾).

¹⁰⁾ W. Dieckmann (Anm. 5) unterscheidet interne und öffentliche politische Sprache, wobei er die interne weiter differenziert in die Sprache des Gesetzes, der Verwaltung, der Verhandlung und der Überredung; in diesem Aufsatz soll es aber hauptsächlich um die öffentliche politische Sprache gehen. Politische Sprache als Fachsprache bildet einen ganz eigenständigen Gegenstand.

¹¹⁾ Zahlreiche anschauliche Beispiele finden sich bei Klaus Blanc (Hrsg.), *Tatort: Wort*, München 1983; Armin Burk-

- Die Besetzung von bereits etablierten Begriffen: Hier geht es darum, Konsenswörter wie *Demokratie*, *Sicherheit* und *Freiheit* mit den je eigenen Projekten und Programmen zu verknüpfen und darüber zu entscheiden, auf welche historisch-politische Situation die Kategorien angewendet werden. „Mehr Demokratie wagen“ unterstellt, daß es bislang zu wenig davon gab und daß erst mit dem Regierungsantritt der eigenen Partei ein adäquates Ausmaß von Demokratie erreicht werde. Ein Begriff von „innerer Sicherheit“, der alle Andersdenkenden außerhalb des legitimen Systems stellt, eröffnet Möglichkeiten einer autoritären Innenpolitik, die mit anderen Sicherheitsbegriffen nicht vereinbar wären.

Freilich dient die Besetzung von Begriffen nicht nur dem Erhalt von etablierter Macht. Das eindrucksvollste Beispiel bekamen wir unlängst bei der „deutschen Revolution“ vorgeführt, wo die einfache Selbstbeschreibung *Wir sind das Volk* Bürger gegen eine Staatsmacht mobilisiert hat, der sie über Jahrzehnte hinweg nichts entgegenzusetzen wagten. Diese Selbstbeschreibung erinnert sehr stark an den eingangs zitierten „Donnerkeil des Mirabeau“, wo auch über sprachliche Akte politische Veränderungen initiiert wurden¹²⁾.

- Die syntaktische Konstruktion von politischen Wirklichkeiten: Jeder Aufbau eines Satzes enthält Aussagen über Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten in der politischen Welt. Ein typisches Beispiel ist das Verschwindenlassen von konkreten Akteuren durch Passivsätze oder durch die Personifikation von Natur und Sachen (z. B. „Menschen werden verfolgt“, „eine Situation entwickelt sich“, „ein Krieg bricht aus“, „der Dollar steigt“ oder „die Wirtschaft reagiert“). Vor allem die sogenannten „Sachzwänge“ verdanken sich häufig einer derartigen sprachlichen Perspektivierung¹³⁾.

hardt/Franz Hebel/Rudolf Hoberg (Hrsg.), *Sprache zwischen Militär und Frieden. Aufrüstung der Begriffe?*, Tübingen 1989. Vgl. ferner Martin Greiffenhagen (Hrsg.), *Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit*, München 1980.

¹²⁾ Georges Sorel nimmt zu Beginn dieses Jahrhunderts eine andere mobilisierende Selbstbeschreibung in den Blick: den Mythos vom Proletariat, das die Geschichte zu ihrem gerechten Ende führe. Es ist bekannt, welche politischen Energien diese – allerdings von intellektuellen Eliten lancierte – Selbstbeschreibung freigesetzt hat; vgl. Georges Sorel, *Über die Gewalt*, Innsbruck 1928.

¹³⁾ Vgl. Colin H. Good, *Presse und soziale Wirklichkeit. Ein Beitrag zur „kritischen Sprachwissenschaft“*, Düsseldorf 1985.

Ob diese Strategien erfolgreich sind, hängt davon ab, welches Ausmaß an Benennungsmacht¹⁴⁾ die individuellen und kollektiven Akteure ins Spiel bringen können. Das setzt als erstes natürlich den Zugang zu Massenmedien voraus, denn eine auch noch so ausgeklügelte „Begriffspolitik“ muß scheitern, wenn sie die Adressaten nicht erreicht. Insofern ist den Kommunikationsprozessen erst einmal eine Schwelle aus ökonomischer und politischer Macht vorgeschaltet, die überwinden muß, wer sich auf dem Markt politischer Sprachen durchsetzen will. Jenseits dieser Schwelle kann sich Benennungsmacht vornehmlich aus drei verschiedenen Quellen speisen:

- Institutionell begründete Benennungsmacht läßt sich mobilisieren aus anerkannten gesellschaftlichen Institutionen und Positionen heraus. Ein anschauliches Beispiel ist in der Bundesrepublik das Bundesverfassungsgericht, das kraft seiner „gesetzten“ Autorität höchst einflußreiche Definitionen, Begriffe und verbindliche Auslegungen etabliert hat. Man denke an die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ oder das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ – Prägungen, die den politischen Diskurs der Bundesrepublik sehr stark beeinflußt haben. Aber auch andere öffentliche Ämter oder ein Professorentitel können als „symbolisches Kapital“ zur Entfaltung von Benennungsmacht eingebracht werden.
- Der Bezug auf „heilige“ Traditionen. Hier kommt die diachrone, zeitlich bedingte Dimension von Sprache zum Tragen: Immer dort, wo es gelingt, traditionell positiv besetzte Begriffe mit der eigenen politischen Position zu verbinden, ist die Chance auf kommunikative Akzeptanz hoch. Stigmatisierte Bereiche sind zu meiden, wie zum Beispiel die amerikanische Debatte um das Wort *liberal* im Präsidentschaftswahlkampf vor einigen Jahren gezeigt hat. Der Akteur bedarf hier des genauen Wissens um die Geltung von Traditionsbeständen. In der heutigen „wertgewandelten“ Zeit scheint z. B. ein Rückgriff auf Grundwerte wie Disziplin oder die Fähigkeit zur Unterordnung politisch wenig erfolgversprechend.
- Die Produktion von „Charisma“, das durch rhetorische und ästhetische Inszenierungen entfaltet werden kann. Charismatisch inszenierte Persönlichkeiten, die sich selbst stilisieren und ihre Zuhörerschaft in den Bann schlagen, sind heute noch genauso wichtig wie im Zeitalter der Nationalbewegungen. Die Rhetorik ist ja seit

der Antike eine zentrale Konstituente von Sprache als politischem Instrument, ihre Grundregeln sind häufig beschrieben und auch in Lehrbuchform aufbereitet worden (man denke nur an Quintilians „Institutio oratoria“), und auch hier gilt: Das, was sich im Extrem gelungener Inszenierungen von Cicero über Goebbels bis zu Ronald Reagan gut studieren läßt, das ist auch noch im politischen Alltagsgeschäft des parlamentarischen Hinterbänklers stets präsent.

Hier wird deutlich, daß politische Sprache auch eine ästhetische Dimension besitzt: Griffigkeit, Stimmigkeit und Eleganz des Stils, Überraschungsmoment und Treffsicherheit der Metaphorik sind als ästhetische Verfahren ein wichtiger Charismagenerator im politischen Geschäft, wobei in unserem visuellen Zeitalter auch die nichtsprachliche Zeichenebene von Mimik und Körpersprache zunehmend wichtiger wird. Vor allem in Krisen- und Umbruchzeiten, in denen Bestände an Selbstverständlichkeiten in Bewegung geraten, ist der charismatische Aspekt von politischer Sprache eine wichtige Machtressource.

Spätestens seit der Zeit der Französischen Revolution, als die Massen zu einem relevanten Faktor im politischen Feld geworden waren, ist politische Sprache als Steuerungsmedium aus dem Arsenal politischer Instrumentarien nicht mehr wegzudenken. Allerdings kann politisches Sprachhandeln auch eine Eigendynamik gewinnen, die in der neueren Diskussion unter dem Etikett der „symbolischen Politik“ abgehandelt wird. Gemeint ist damit zunächst, daß politische Sprache – insbesondere in ihrer verdichteten Form als Symbol und Mythos – an die Stelle von realer Politik treten kann¹⁵⁾. Wer die Einheit der Nation, den Konsens der Demokraten oder die Solidarität der Werktätigen klug inszeniert, der kann z. B. sozialpolitische Abstriche im Budget machen; wer Gefahren verharmlost oder kleine Schritte als große Errungenschaften verkauft, der kann eine laxe Umweltpolitik betreiben; und wer gegenüber den Gewerkschaften öffentlich Konflikte simuliert, der kann hinter den Kulissen in Ruhe die alten Bündnisse pflegen. Hier eröffnet sich ein weites Feld für die Tätigkeit professionalisierter kultureller Eliten.

Allerdings erfaßt eine solche ideologiekritische Sicht nur die eine Seite des Phänomens. Symboli-

¹⁴⁾ Vgl. hierzu Pierre Bourdieu, Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt/M. 1985.

¹⁵⁾ Vgl. Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt u. a. 1976; Ulrich Sarcinelli, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischer Politik in der Wahlkampfkommunikation, Opladen 1987; Rüdiger Voigt (Hrsg.), Politik der Symbole – Symbole der Politik, Opladen 1989.

sche Politik muß nicht nur „Ersatz“ für reale Politik sein. Es gibt auch „ideelle Interessen“ (Max Weber) und kulturell-symbolische Bedürfnisse, die über Realpolitiken nicht abzudecken sind. Dazu gehört beispielsweise die politische Identitätsstiftung durch Symbole und Rituale, die Konstruktion von politischen Heimaten oder eine gewisse stilvolle Form, in der politische Repräsentation auch in einer Demokratie erfolgen muß¹⁶). Ein politisches System, das nicht auf affektiv-symbolische Bindun-

gen der Individuen zurückgreifen kann, erweist sich bei den kleinsten Krisenanzeichen als sehr instabil. Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt an einem Mangel an symbolischer Politik von seiten der demokratischen Kräfte gescheitert. Schließlich aber besteht in unserer komplexen Welt ein verstärktes Verlangen danach, politisches Geschehen in den Horizont des Verstehbaren und Anschaulichen hineinzuholen. Dafür ist symbolische Politik in und mit der Sprache unverzichtbar.

V. Politische Sprache als Institution

„Der alte Mann im grauen Mantel konnte die Leute nicht mehr verstehen, das war nicht so schlimm. Viel schlimmer war, sie konnten ihn nicht mehr verstehen. Und deshalb sagte er nichts mehr. Er schwieg, sprach nur noch mit sich selbst, grüßte nicht einmal mehr.“ Mit diesen Sätzen endet eine Kindergeschichte von Peter Bichsel¹⁷), in der ein Mann sich dadurch eine neue Sprache schafft, daß er die Zuordnung von Ausdruck und Inhalt einfach verändert: „Dem Bett sagt er Bild. Dem Tisch sagt er Teppich“ usw.

Das Scheitern dieses Versuchs verweist uns auf eine Grundbedingung politischer Sprache: Wer erfolgreich sprachlich handeln will, der muß die Regeln der politischen Sprache als Institution kennen und berücksichtigen, sonst wird er politisch „sprachlos“. Das betrifft nicht nur die elementaren Verwendungsweisen von Grundwörtern, sondern ganze Wortfelder mit ihren emotionalen und affektiven Inhaltsnuancen, mögliche und unmögliche Wortverbindungen, gebräuchliche und ungebräuchliche Sprechakte. Ein Beispiel dafür, was bei Unkenntnis dieser feinen Regeln politischer Sprechakte passieren kann, hat Philipp Jenningers Gedenkrede zum 50. Jahrestag der antijüdischen Novemberpogrome in Deutschland geboten. Jenningers hat offenbar die Eigenarten einer „Gedenkrede“ mißachtet und in einer Weise gesprochen, die jenseits des öffentlichen Konsenses darüber lag, was „man“ sagen darf und was nicht. Die Rede, wie immer sie auch intendiert gewesen sein mag, mußte deshalb wie eine sympathieheischende

Rechtfertigung der Täter wirken und hat entsprechendes Entsetzen ausgelöst.

Im Dickicht der politischen Sprache kann sich schnell verirren, wer das Geflecht von Regeln nicht beherrscht. Jeder Begriff ist sehr genau anderen zugeordnet. Derjenige, der sich heute z. B. als *sozialistisch* bezeichnet, muß damit rechnen, in Opposition zu Begriffen wie *Demokratie*, *Freiheit* oder auch *Wohlstand* zu geraten. Die sprachliche Konstruktion von politischer Wirklichkeit ist also gekennzeichnet durch ein System von Worten und Verbindungen, das sich historisch in je unterschiedlicher Weise verfestigt.

Immer wieder ist aber auch beobachtbar, daß eine politische Sprache historische Erfahrungswelten nicht mehr adäquat erfaßt und deshalb verändert wird. Das Projekt der „Begriffsgeschichte“ bzw. „historischen Semantik“ hat diesen Prozeß für die Zeit der politischen Moderne seit der Mitte des 18. Jahrhunderts sehr genau beschrieben¹⁸). Neue Wörter und Kombinationen werden geprägt, Wortinhalte verändert: *Nation* heißt im 19. Jahrhundert etwas ganz anderes als in der frühen Neuzeit; das Wort wird mit kulturellen Identitäten und politischen Sinnentwürfen angereichert sowie mit der Realerfahrung der großen Territorialstaaten verknüpft. Ein Renaissancemensch hätte eine derart gefüllte Begrifflichkeit überhaupt nicht verstanden. Neue Akteure wie *Bürgertum* und *Proletariat*, *Massenheere* und *Parteien* bevölkern die Landkarte der politischen Sprache, neue Wertbegriffe prägen den Diskurs, neue Anrede- und Grußformeln

¹⁶) Auf den ästhetischen Aspekt von Demokratie verweist schon George Santayana, *The Sense of Beauty* (1896), Cambridge/Mass. – London 1988, S. 71 ff.; vgl. auch das Themenheft „Ästhetik und Politik“ der Zeitschrift „Merkur“, 40 (1986) 9/10.

¹⁷) Peter Bichsel, *Ein Tisch ist ein Tisch*, in: Peter Bichsel, *Kindergeschichten*, Darmstadt-Neuwied 1969, S. 21 ff.

¹⁸) Vgl. vor allem die mehrbändigen Lexika: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1972 ff.; Rolf Reichardt/Eberhart Schmitt (Hrsg.), *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820*, München 1985 ff; theoretisch dazu Dietrich Busse, *Historische Semantik. Analysen eines Programms*, Stuttgart 1987.

werden gebräuchlich¹⁹⁾). Die Politik, so kann man mit Niklas Luhmann formulieren, findet neue Formen der Selbstbeschreibung, wobei die des *Staates* sicherlich für die Moderne zentral ist²⁰⁾.

Dies alles verweist darauf, daß die Institution der politischen Sprache das wichtigste Medium nicht nur der Realitätskonstruktion, sondern auch der Entwicklung politischer Identität darstellt. Politische Sprache als Identitätsgenerator und Gerüst des kollektiven Gedächtnisses, das historische Erfahrung präsent hält, prägt für uns das, was als politisch normal, richtig und machbar erscheint. Insofern ist sie der Ausdruck dessen, was man als politisch-kulturelle Selbstverständlichkeiten einer Gesellschaft bezeichnen könnte. Das wird am folgenden vergleichenden Beispiel deutlich²¹⁾.

Für die politische Sprache im Großbritannien des 19. und 20. Jahrhunderts sind die entscheidenden Größen der politischen Welt Individuen, Gruppen und Parteien sowie *government* und die *community* als Rahmen der Politik. In Deutschland dagegen führen fast alle Wege der politischen Sprache zum

¹⁹⁾ Eine historische Betrachtung von Sprechakten verrät viel über die Struktur der Gesellschaft, in der sie gebräuchlich sind; wer darf z.B. wen ansprechen, an wen Forderungen stellen, drohen, etwas versprechen etc.; vgl. dazu John G. A. Pocock, *The Reconstruction of Discourse. Towards the Historiography of Political Thought*, in: *Modern Language Notes*, 96 (1981) 5, S. 959–980; zum parlamentarischen Sprachhandeln liegen u.a. vor Horst Grünert, *Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der ‚Paulskirche‘*, Berlin u.a. 1974; Hans Ulrich Gumbrecht, *Funktionen parlamentarischer Rhetorik in der Französischen Revolution. Vorstudien zur Entwicklung einer historischen Textpragmatik*, München 1978; Werner Holly, *Zur Geschichte parlamentarischen Sprachhandelns in Deutschland. Eine historisch-pragmatische Skizze an Beispielen der ersten Sitzungen von verfassungsgebenden Versammlungen*, in: *Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, 12 (1982) 47, S. 10–48; Gregor Kalivoda, *Parlamentarische Rhetorik und Argumentation. Untersuchungen zum Sprachgebrauch des 1. Vereinigten Landtages in Berlin 1847, Frankfurt/M. u.a. 1986; Johannes Volmert, Politikerrede als kommunikatives Handlungsspiel. Ein integriertes Modell zur semantisch-pragmatischen Beschreibung öffentlicher Rede*, München 1989.

²⁰⁾ Vgl. Niklas Luhmann, *Staat und Politik. Zur Semantik der Selbstbeschreibung politischer Systeme*, in: Udo Bernbach (Hrsg.), *Politische Theoriegeschichte (= PVS Sonderheft 15)*, Opladen 1984, S. 99–114.

²¹⁾ Vgl. dazu Andreas Dörner/Karl Rohe, *Politische Sprache und Politische Kultur. Diachron-kulturvergleichende Sprachanalysen am Beispiel von Großbritannien und Deutschland*, in: Erich Latniak (Hrsg.), *Sprache statt Politik? Politikwissenschaftliche Semantik- und Rhetorikforschung*, Opladen 1991; Andreas Dörner, *Politische Lexik in deutschen und englischen Wörterbüchern. Metalexikographische Überlegungen und Analysen in kulturwissenschaftlicher Absicht*, in: Andreas Dörner/Gregor Meder (Hrsg.), *Worte, Wörter, Wörterbücher. Lexikographische Beiträge zum Essener Linguistischen Kolloquium 1983–1989*, Tübingen 1991 (i. E.); Wolfgang Seck, *Politische Kultur und politische Begrifflichkeit in Deutschland und Großbritannien*, Diss. Essen 1990.

Staat. Der Staat ist hier das alles beherrschende Subjekt von Politik – er steuert, straft, gewährt, hilft und greift in das Wirtschaftsleben ein. Eine derartige eingreifende Zentralinstitution gibt es bis heute für die Briten nicht. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei den Wortelelementen mit der Wurzel *pol*. In Deutschland haben wir schon sehr früh ein gleichsam ressortartig ausdifferenziertes Begriffssystem von der *Sozial-* bis zur *Außenwirtschaftspolitik*, das strukturell dem „technischen“ Politikbegriff der deutschen politischen Kultur entspricht: Politik ist hier die effektive systemische Produktion und Verteilung von öffentlichen Gütern. Entsprechende Sprach- und Denkstrukturen sucht man in der britischen Sprache vergebens; hier steht der *Politikprozeß* als *Interaktion* zwischen Akteuren im Mittelpunkt. Aufmerksamkeiten und Selbstverständlichkeiten sind hier also sehr unterschiedlich gelagert, was Konsequenzen auch für den Umgang mit Problemen hat: Ein Brite würde nie so wie ein Deutscher auf die Idee kommen, „den Staat“ für die Lösung aller sozialen Probleme verantwortlich zu sehen.

Auch hier zeigt sich also die Dialektik von Sagbarem und Machbarem. Politische Sprache als Institution aber grenzt auch aus, und sprachliche Tabuzonen werden ja gerade deshalb geschaffen und aufrechterhalten, weil das, was „man“ nicht sagen darf, auch aus dem Horizont des Machbaren verschwindet. Um die Gewalt zu verdeutlichen, die von Sprache als Institution ausgehen kann, hat Michel Foucault den Begriff des *Diskurses* eingeführt²²⁾. Der Diskurs in diesem Sinne strukturiert durch seine Vorgaben für die alltägliche Wirklichkeitskonstruktion so stark unser Denken und Handeln, daß man sagen könnte: Nicht wir sprechen die Sprache, sondern die Sprache spricht uns. Allerdings ist auch hier daran zu erinnern, daß der Diskurs das Resultat von Kämpfen um die Benennungsmacht darstellt. Hinter dem Diskurs stehen also immer auch Akteure und Interessen.

Für den Zusammenhang von Sagbarem und Machbarem gilt zudem: Was im öffentlichen Diskurs nicht erlaubt ist, kann im Dunstkreis des Stammtisches durchaus normal sein. Und die Abwesenheit im öffentlichen Diskurs sagt noch nichts darüber, was in der kommunikativen Latenz dennoch vorhanden ist. Die „Republikaner“ haben ja einige Jahre lang in der alten Bundesrepublik die Rolle des Enttabuisierers im Hinblick auf rassistische und nationalistische Muster gespielt.

Zu berücksichtigen sind dabei diejenigen Institutionen und Akteure des politischen Feldes, die den öffentlichen Diskurs beherrschen. Das Spektrum

²²⁾ Vgl. Michel Foucault, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/M. 1977.

reicht von einzelnen Politikern und „moralischen Instanzen“ über die Massenpresse bis hin zu Wörterbüchern und Enzyklopädien, die politische Sprache gleichsam verbindlich kodifizieren. Auch hier kommt wieder die Dimension des kommunikativen Kampfes um die Benennungsmacht in den Blick. In diesem Kampf entscheidet sich, was als normal und extrem, als legitim oder als verachtenswert gilt.

Institution und Instrument der politischen Sprache sind also eng verflochten. Wir alle werden in eine politische Sprache „hineinsozialisiert“, die jedoch keineswegs unveränderbar ist. Sprachliche Alternativen können, wenn sie Akzeptanz finden, den

herrschenden Sprachgebrauch umstülpen, Selbstverständlichkeiten und Identitäten dynamisieren. Wenn wir z.B. heutige Diskussionen mit denen vergleichen, die vor 1968 und den verschiedenen Bewegungen im Gefolge (Frauen, Frieden, Umwelt) stattgefunden haben, dann wird das sofort deutlich: Die Sprache zeigt eine Entwicklung, die ungeachtet einiger Konstanten doch eine Entwicklung von autoritären oder gar „unpolitischen“ Mustern hin zu einer „Partizipationskultur“ geführt hat. Die „Mitarbeit in der Sprache“, wie sie schon Friedrich Schleiermacher 1834 postuliert hat, wird also dann wirksam, wenn sie in sozialer und politischer Bewegung „Bodenkontakt“ bekommt.

VI. Sprache und politisch-gesellschaftlicher Kontext

Es bleibt festzuhalten, daß die politische Sprache weder jene unheimliche Macht ist, zu der sie häufig dämonisiert wird, noch ein völlig nach Belieben form- und verwendbares Werkzeug gesellschaftlicher Interessen. Sie ist eine soziale Institution, die nach beschreibbaren Regeln funktioniert und deren Strukturen sich ein Akteur bei Kenntnis dieser Regeln nutzbar machen kann.

Die gängigen Klagen über die Unkontrollierbarkeit oder gar über einen „Verfall“ der politischen Sprache gehen also an der komplizierten Realität vorbei. Zu fragen ist statt dessen jeweils, wer unter welchen Kontextbedingungen politische Sprache verwendet und welche Konsequenzen daraus erwachsen. Die Berücksichtigung der Kontexte ist dabei insofern wichtig, als die Funktionsbedingungen der Sprache sehr eng mit den spezifischen Erfordernissen des betreffenden politischen (Teil-) Systems verknüpft sind. Eine simple Übertragung von Regeln alltagssprachlicher Kommunikation würde hier zu einem realitätsfernen Moralisieren führen.

Politische Sprache bleibt stets eingebunden in das komplexe Geflecht der existierenden Machtstrukturen einer Gesellschaft. Sprachliche Benennungsmacht läßt sich ohne einen entsprechenden Zugang zu politisch-ökonomischen Machtressourcen nur sehr bedingt entfalten. Freilich bedeutet dies keinen Determinismus. In politischer Sprache, dies ist betont worden, kann sich immer auch die Gegenstimme zu den Mächtigen artikulieren. Bestehende Verhältnisse können gleichsam sprachlich eingeklammert und in ihrer Kontingenz gezeigt werden, so daß Veränderbarkeit sichtbar wird. Auch bei größtem Aufwand an Mitteln ist politische Sprache nicht völlig zu steuern oder stillzustellen; immer bleiben alternative Formulierungen möglich, immer sind gegebene sprachliche

Ausdrücke mit anderen Inhalten kommunizierbar. Insofern ist die Sprache eine der zentralen Schnittstellen politischer und sozialer Veränderung.

Insbesondere dort, wo Strukturen und Selbstverständlichkeiten in Bewegung geraten sind, kann der politische Sprechakt zum entscheidenden Funken für Reform oder Revolution werden – das wurde 1989 in der DDR ebenso sichtbar wie schon 1789 in Frankreich. Das führt uns zum Beginn dieses Aufsatzes zurück, denn kaum ein anderer hat diese Logik so klar erkannt wie der eingangs zitierte Heinrich von Kleist. Er, der später mit der Waffe der ihm eigenen Sprachmacht den antinapoleonischen Widerstand hochpeitschte, versuchte im eingangs erwähnten Aufsatz seiner Faszination angesichts der „revolutionären“ Dynamik des politischen Sprechens in einer physikalischen Beschreibung Ausdruck zu geben:

„Wenn man an den Zeremonienmeister denkt, so kann man sich ihn bei diesem Auftritt nicht anders, als in einem völligen Geistesbankrott vorstellen; nach einem ähnlichen Gesetz, nach welchem in einem Körper, der von dem elektrischen Zustand Null ist, wenn er in eines elektrisierten Körpers Atmosphäre kommt, plötzlich die entgegengesetzte Elektrizität erweckt wird. Und wenn in dem elektrisierten dadurch, nach einer Wechselwirkung, der ihm innewohnende Elektrizitätsgrad wieder verstärkt wird, so ging unseres Redners Mut, bei der Vernichtung seines Gegners, zur verwegenen Begeisterung über. Vielleicht, daß es auf diese Art zuletzt das Zucken einer Oberlippe war, oder ein zweideutiges Spiel an der Manschette, was in Frankreich den Umsturz der Ordnung der Dinge bewirkte.“²³⁾

²³⁾ H. von Kleist (Anm. 1), S. 882.

Deutsche Teilung, deutsche Einheit und die Sprache der Deutschen

Die nationale Aufwallung anlässlich des Falls der Mauer und der innerdeutschen Grenzen am 9. November 1989 hat sich längst wieder gelegt. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde nicht zum Startschuß eines neuen deutschen Nationalismus, wie viele befürchtet hatten. Vielmehr wurden gerade an diesem Tag sehr gegensätzliche, überwiegend nachdenkliche Stimmen laut, die insgesamt bewiesen, daß die Deutschen ihre Lektion aus den von ihren unmittelbaren Vorfahren verursachten Katastrophen gelernt hatten und daß sie bereit sind, sich zukünftig als ganz „normale“ Nation unter anderen Nationen zu repräsentieren – mit Vorzügen und Fehlern, die denen der anderen nicht unähnlich sind.

Trotzdem ist die so plötzlich „gelöste“ deutsche Frage noch mit so viel unverarbeiteter Geschichte belastet, daß ein gedankenloses Hinübergleiten in die „Normalität“ (das durch aufwühlendere Ereig-

nisse wie den Golfkrieg noch begünstigt zu werden scheint) Gefahren für die Zukunft in sich birgt. Schon jetzt ist deutlich, daß zwar Mauer und Stacheldraht beseitigt werden konnten, nicht aber die durch sie markierte Spaltung der Deutschen in zwei höchst unterschiedliche Sphären des Denkens und Fühlens. Die noch für längere Zeit vorhergesagte unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern ist in mancher Hinsicht nur die Außenseite einer Teilung, die wesentlich tiefer ging, als die höchst unterschiedlichen Wirtschaftsdaten es anzeigen. Denken, Fühlen und Sprechen waren und sind davon nachhaltig betroffen. Was da in 45 Jahren gespalten war, erfordert und verdient gerade im Hinblick auf eine gemeinsame Zukunft mehr als nur ein linguistisches Fachinteresse, zumal wenn man die jüngste Sprachgeschichte nicht nur als Geschichte geteilter Wörterbücher, sondern als Kommunikations- und Mentalitätsgeschichte versteht.

I. Die sprachliche Ost-West-Differenzierung: nur eine Episode?

Sowohl zu Beginn wie nun am Ende einer Teilung, die nicht ohne Auswirkungen auf die Sprache bleiben konnte, glaubten Sprachwissenschaftler feststellen zu müssen, daß sich in Deutschland etwas „Einmaliges“ vollziehe: Hier werde, gleichsam modellartig vorgeführt, wie sich eine Sprache innerhalb kurzer Zeit unter besonderen politischen und sozialen Bedingungen verändere – nach 1945/49 in Richtung einer völlig neuen Sprache („Sowjet-Deutsch“/„DDR-Sprache“¹⁾), nach 1989 im Sinne einer Rückverwandlung des DDR-Sprachgebrauchs ins „Normaldeutsche“ (sprich: Anpassung an westdeutsche Normen).

¹⁾ Zur wechselvollen Geschichte der Beurteilung sprachlicher Ost-West-Differenzierung vgl. M. W. Hellmann, Die doppelte Wende, in: J. Klein (Hrsg.), Politische Semantik, Opladen 1989, S. 297–326; vgl. auch ders., DDR-Sprachgebrauch nach der Wende – eine erste Bestandsaufnahme, in: Muttersprache, 100 (1990) 1–2, S. 266–286; Wolf Oschlies, „Vierzig zu Null im Klassenkampf?“ Sprachliche Bilanz von vier Jahrzehnten DDR (= Deutschland Report, Nr. 9, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung), Melle 1990; Martin Ahrends, Allseitig gefestigt. Stichwörter zum Sprachgebrauch der DDR, München 1989.

Nimmt man diese Deutungen ernst, wäre die sprachliche Ost-West-Differenzierung nach dem Zweiten Weltkrieg nur eine mehr oder weniger belanglose Episode der deutschen Sprachgeschichte gewesen – allenfalls interessant für sprachsoziologische Spekulationen: etwa zu verstehen als eine Art Laborversuch zur Simulierung längerfristiger Sprachprozesse, vergleichbar etwa der Differenzierung romanischer und arabischer Sprachen oder des Englischen bei der Verteilung ihrer Sprecher auf unterschiedliche staatliche Kommunikationsgemeinschaften²⁾. Die Beendigung dieses „Großversuchs“ könnte nun – so wäre daraus zu folgern – der deutschen Sprache erlauben, ihre „eigentliche“ Entwicklung ungestört fortzusetzen.

Eine solche Einschätzung, die in der alten Bundesrepublik überdies von einem ungebrochenen Gefühl der Überlegenheit über die zeitweilig „abgeirrten“ Mit-Deutschen des Nordostens politisch

²⁾ Vgl. H. D. Schlosser, Die Verwechslung der deutschen Nationalsprache mit einer lexikalischen Teilmenge, in: Muttersprache, 91 (1981) 3–4, S. 145–156.

unterstützt zu werden scheint, übersieht leicht dreierlei: zum ersten, daß sehr vieles, was als DDR-spezifisch erschien, nur die veröffentlichte Sprache der SED-Machthaber und nicht die Sprache der Deutschen in der DDR schlechthin war (das ließe sich freilich noch in die Vorstellung vom Episodenhaften der DDR-Geschichte einpassen); zum zweiten, daß an der sprachlichen Nachkriegsdifferenzierung die Westzonen bzw. die spätere Bundesrepublik mindestens so aktiv, vielleicht sogar noch aktiver als die Ostzone und spätere DDR beteiligt waren; zum dritten aber würde übersehen, daß in der Ost-West-Differenzierung der deutschen Sprache nur ein Prozeß kulminierte, der bereits in der Polarisierung der öffentlichen Kommunikation während der Weimarer Republik (mit Präludien schon im 19. Jahrhundert) begann – ein Prozeß zumal, der durch die Vernichtung und Vertreibung wichtigster Vertreter der deutschen Sprachkultur durch die Nazis eine ungemeine Verschärfung erfuhr (merkwürdigerweise hat bisher kaum jemand die Differenzierung der deutschen Sprache in Exil und NS-beherrschte Kommunikationsgemeinschaft als „Sprachspaltung“ erwogen).

Diese oft übersehenen Aspekte lassen sich für ein durchaus einheitliches Bild der jüngeren deutschen Sprachentwicklung nutzbar machen, in dem die häufig allzu isolierten Ausschnitte der Betrachtung an ihre richtige Stelle rücken können. Danach hat die Niederwerfung des „Dritten Reiches“ auch in sprachlicher Hinsicht keine „Stunde Null“ ergeben. Selbst das abrupte Ende der NS-Diktatur ermöglichte noch gleitende Übergänge in die neuen Verhältnisse, wie ein genaueres Hinsehen auf die Sprache vor und nach der Kapitulation von 1945 lehrt. Wohl aber hat es eine unübersehbare Neuordnung der öffentlichen Kommunikationsbedingungen gegeben, und dies bekanntermaßen mit politisch unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Zielen.

Dabei ist – addiert man einmal die Ergebnisse der Neuordnung – zunächst nichts anderes geschehen als der Versuch, nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Sprachlenkung die Vielstimmigkeit der öffentlichen Kommunikation von vor 1933 wiederherzustellen, wobei freilich auf vieles verzichtet werden mußte, was die Nazis oft auch im physischen Sinne mundtot gemacht hatten. Entscheidend aber wurde, daß man sich in Ost und West um einen neuen Pluralismus nicht mehr gemeinsam, sondern in scharfem Gegeneinander bemühte. Die ostzonalen Kommunisten beschränkten sich letztlich auf die Wiederherstellung und Mono-

polisierung ihrer eigenen Sprachtradition, mit taktischen Erweiterungen um weniger spezifische „linke“, allgemein-„sozialistische“, ja, sogar um nationale („gesamtdeutsche“) Töne³). In den Westzonen hingegen hatte man zwar von vornherein einen sprachlichen Pluralismus im Sinn, der freilich im Gefolge des Kalten Krieges mehr und mehr um jenen in der SBZ monopolisierten Ausschnitt „linker“ Traditionen beschnitten wurde (selbst West-SPD und -Gewerkschaften mieden damals jegliche sprachliche Erinnerung an ihre klassenkämpferischen Ursprünge, weil sie nicht der Komplizenschaft mit der KPD und späteren SED geziehen werden wollten!).

Was nach 1945 in Deutschland sprachlich geschah, läßt sich mithin als der zweigeteilte Versuch werten, die Trümmer der schon ab 1933 zerschlagenen öffentlichen Kommunikation als Materialien für einen Neubau zu nutzen, dessen östlicher Flügel von vornherein monotoner ausfallen mußte, weil in ihm – zumindest für die Fassade – nur ganz bestimmte „Bausteine“ zugelassen waren. Auf der Westseite wurden dagegen ganz bewußt sehr verschiedene „Baumaterialien“ in teilweise bunter Mischung verwendet, die daher freilich auch nicht mehr für eine ungebrochene gesamtdeutsche Entwicklung der Sprache gehalten werden darf, an der die östlichen Spezifika gemessen werden könnten.

Nachdem jedoch – um im Bild zu bleiben – die zweigeteilte Architektur einer neuen öffentlichen Kommunikation die Zerstörungen von mehr als zwölf Jahren zu heilen versuchte und die Bewohner der beiden Flügel auch über das Ende der Teilung hinaus deutlich unterschiedliches Sprachverhalten zeigen, markieren die Jahreszahlen 1945 bzw. 1949 und 1989 nur höchst oberflächlich Einschnitte sprachlicher Entwicklung im Sinne einer Kommunikations- und Mentalitätsgeschichte. Die Epochengrenzen sind unbedingt weiter zu ziehen, zumindest so weit zurück, daß das massenwirksame Aufkommen jenes zutiefst inhumanen Anspruchs von Kommunisten (Gründung der KPD 1918/19) und Nationalsozialisten (Gründung der NSDAP 1920/25), der deutschen Gesellschaft eine einzige Weltdeutung aufzuzwingen, Berücksichtigung finden kann. Die Daten staatlicher Spaltung, die in gewisser Weise auch eine Folge der inneren Spaltung war, kennzeichnen in diesem notwendig weiteren Rahmen weit mehr als eine bald wieder zu vergessende Episode.

³) Vgl. H. D. Schlosser, Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie, Köln 1990, S. 45 f.

II. Der mißglückte Bruch mit der Vergangenheit

Der Erfolg, den die beiden politischen Extreme in Deutschland nacheinander erringen konnten, wäre ohne bestimmte Dispositionen der Deutschen 1933 und 1945 kaum zu erklären. Trotz der äußerlich tiefen Zäsuren hat es sowohl 1933 als auch 1945 im Sprachlichen – das stets als Indikator mentaler Bedingungen gelten kann – sehr viele gleitende Übergänge gegeben, welche die Mehrheit der Bevölkerung das Ausmaß der tatsächlichen Veränderungen kaum erkennen ließen.

Die „völkischen“ Töne der Nazis etwa waren längst in der öffentlichen Kommunikation von Weimar verankert. Als Beispiel diene das Wort „Volksgemeinschaft“, das oft als Teil jener hypertrophen NS-Komposita mit „Volk“ gilt, jedoch schon aus dem frühen 19. Jahrhundert stammt und von F. Siegmund-Schultze, einem 1885 geborenen evangelischen Pfarrer, vor und nach 1918 – unter lebhafter Zustimmung der bündischen Jugend – für eine fortschrittliche Staatsform ohne soziale Schranken und doktrinäre Ideologien propagiert wurde, also für das genaue Gegenteil dessen, was die Nazis unter „Volksgemeinschaft“ verstanden und durchsetzten (vgl. auch „Volksgenosse“ contra „Volksschädling“). Auch der „Volksstaat“ war keine NS-Erfindung, sondern benannte eine der ebenfalls schon im 19. Jahrhundert virulenten Ideen⁴⁾, derer sich die Nazis für eigene Zwecke bemächtigten.

Um so erstaunlicher war, daß die Korrumpierung solcher Begriffe die Kommunisten nach 1945 nicht daran hinderte, die Alleinherrschaft einer Partei („der“ Partei, wie sich die SED – darin der NSDAP völlig gleich – nennen ließ) mit der ständigen Berufung auf das „Volk“ zu camouflieren. In diesem Umfeld stoßen wir auf zahlreiche Belege, wie auch in der SBZ 1945 mental wie sprachlich gleitende Übergänge genutzt wurden, um eine neue politische Qualität annehmbarer zu machen. Die formal nur unwesentlichen Variationen in zentralen Begriffsfeldern entbehren – spätestens aus heutiger Sicht – nicht der Peinlichkeit:

Kaum war der „Volksgerichtshof“ unseligen Andenkens beseitigt, wurden in der SBZ „Volksrichter“ bestellt. Im Sozialwesen schloß sich dort an die NS-„Volkswohlfahrt“ (NSV) die „Volkssolidarität“ (VS) an. Noch waren zahllose „Volkssturm“-Männer aus Hitlers „letztem Aufgebot“ interniert, da wurde bereits (am 1. Juni 1945) die „Deutsche Volkspolizei“ (DVP) gegründet⁵⁾, aus

deren kasernierten Verbänden später die „Nationale Volksarmee“ (NVA) hervorgehen sollte. „Volksdemokratie“ sowie „Volkskongreß“, „Volksrat“ und „Volkskammer“ waren auch sprachlich höchst problematische Institutionen. Ähnliches gilt für die Fortsetzung des NS-Massenkults mit anderen Vorzeichen. Die immer wieder angesprochenen „werktätigen Massen“ hatten sich in „Massenorganisationen“ wie FDGB, Kulturbund, Demokratischer Frauenbund Deutschlands usw. zu organisieren, hatten sich in „Masseninitiativen“ zu engagieren. Das erst mit linken Attitüden der Studentenbewegung in Westdeutschland gebräuchlich gewordene Wort „massenhaft“ hatte in SBZ und DDR eine seit 1945 ungebrochene Geltung.

An solchen Schlüsselwörtern wie „Volk“ und „Masse“ läßt sich exemplarisch nachweisen, daß entgegen einer oft gehörten Behauptung in den Westzonen mit der NS-Vergangenheit nicht nur sprachlich radikaler gebrochen worden ist⁶⁾. Die westdeutsche Nachkriegspädagogik ebnete in ihrem intensiven Kampf gegen das Gespenst des „Massenmenschen“ und der „Vermassung“ den Weg zu einem Individualismus, der aus der Sicht jener Deutschen, die fast übergangslos vom braunen in einen roten Kollektivismus gerieten, durchaus auch häßliche Züge der Egozentrik und der Ellenbogenmentalität trägt. An allgemeingültigen Komposita mit „Volk“ hat sich im Westen fast nur der „Volkstrauertag“ gehalten, während sich schon traditionelle Erscheinungen wie „Volkswagen“ (seit 1937!) oder „Volkshochschule“ (schon aus dem 19. Jahrhundert und skandinavischen Ursprungs) fast ganz hinter ihren Kürzeln (VW, VHS) verstecken.

Die „Massenorganisation“ der FDJ (gegründet am 7. März 1946) kam überdies sehr bald auch dem damals offenbar noch ungestillten Verlangen nach Uniformierung und Militarisierung entgegen. Noch vor der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST; ab 1952) sorgte sie nicht zuletzt auch für vormilitärische und wehrsportliche Betätigungen, die unzählige fast noch Gleichaltrige erst kurz zuvor als Hitler-Jungen bereits kennengelernt hatten, wenn sie nicht sogar als Flakhelfer oder Meldegänger schon in militärische Aktivitäten verwickelt worden waren. Zur selben Zeit, da in der US-Zone im Zuge der „reeducation“ sogar das Aufstellen der Schüler vor Unterrichtsbeginn in Zwei-

⁴⁾ Vgl. O. Brunner u. a. (Hrsg.), Stichwort „Volkssouveränität“, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 58.

⁵⁾ Die Volkspolizei behielt auch die militärischen Rangbezeichnungen der abgeschafften Schutzpolizei bei („Leutnant“, „Major“, „Oberst“ usw.).

⁶⁾ Inzwischen ist hinlänglich bekannt, wie radikal die SED auch literarische Versuche der Bewältigung der NS-Vergangenheit unterdrückte und damit zur „Verdrängung“ beigetragen hat, die sich nun in neonazistischen Exzessen Luft zu machen scheint.

erreichen als „militaristisch“ verboten war, feierten in der SBZ die Schulhofappelle (bis 1945 „Fahnenappelle“) fröhliche Urständ. Die Militarisierung der Jugend (der bis zum Ende der DDR jegliche Form der Wehrdienstverweigerung bei Strafe versagt war⁷⁾) steigerte sich über zunächst noch metaphorisch gemeinte „Kampfaufträge“ in der FDJ schließlich zur Einführung des „Wehrunterrichts“ in den Schulen (ab 1978, mit regelrechten Manövern).

Die Bemühungen um einen wenigstens sprachlichen Nachvollzug der „Revolution“, die in SBZ und DDR faktisch nur eine rein bürokratisch verhängte Umwälzung von Besitzverhältnissen (zugunsten von „Volkseigentum“) war, schlug selbst in harmlosen Alltagsbedingungen terminologisch durch, etwa wenn Filialen von Verkaufsorganisationen „Stützpunkte“ genannt wurden⁸⁾ oder wenn „Ernte-“ oder „Produktionsschlachten“ zu schlagen waren.

III. Die Verwandlung von Kommunisten in „Sozialisten“

Zu den Dispositionen vieler Deutscher gehörte 1945 – in Ost wie in West – eine gewisse Aufgeschlossenheit für einen „echten“ Sozialismus. Der Bankrott des National-„Sozialismus“ war zu eindeutig, als daß von hier aus die Propagierung von „Sozialismus“ als Rezept gegen neue politische Verirrungen ernsthaft hätte gefährdet werden können. Dennoch wird man nicht übersehen dürfen, daß die NS-Terminologie und -Rhetorik der Hypostasierung von „Arbeitern“ und „Bauern“ und der Hochschätzung von „Genossen“ mächtig vorgearbeitet hatte (vgl. „Volks“-/„Parteigenosse“, „Arbeiter der Stirn und der Faust“). Für die deutsche Katastrophe wurde nun – nicht nur in der SBZ – die durch die Pseudo-Sozialisten der NSDAP nicht beseitigte „kapitalistische“ Gesellschaftsordnung mit ihrer Anfälligkeit für „Imperialismus“ verantwortlich gemacht. Auch das war kein neues Gedankengut, sondern hatte sich in weltanschaulich sehr unterschiedlichen Gruppierungen über die NS-Diktatur hinweg halten können. Als Beispiel dafür, daß diese Deutung des deutschen Untergangs keineswegs nur in traditionell „linken“ Kreisen galt, sei auf das „Ahlener

Vor allem unmittelbar nach dem Kriegsende, als man sich noch keineswegs auf die Früchte einer ideologischen Schulung im Sinne einer „Unterscheidung der Geister“ verlassen konnte, waren die nur leichten Variationen altbekannter Sprach- und Handlungsmuster kaum geeignet, den vielbeschworenen Bruch mit der Vergangenheit plausibel zu machen. Im Verein mit den schon angedeuteten deutsch-nationalen Tönen, für die hier nur das Liedzitat „Deutschland muß leben!“ in einem SED-Flugblatt von 1946 stehen möge⁹⁾, baute die kommunistische Neuordnung im Osten Deutschlands ganz offensichtlich auf noch ungebrochene mentale Dispositionen der Bevölkerung. Schon an dieser Stelle soll daher erwogen werden, ob darin nicht auch eines der Motive für das im Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen wesentlich „deutschere“ Bewußtsein der DDR-Bürger zu sehen ist, von dem die Westdeutschen einschließlich ihrer politischen Repräsentanten im Herbst 1989 so sehr überrascht worden sind.

Programm“ der CDU für die britische Zone von 1947 verwiesen, in dem sozialistische Argumente ihren deutlichen Niederschlag fanden¹⁰⁾.

Es war nicht nur die Einsicht in die Mängel eigener Attraktivität¹¹⁾, welche die Kommunisten der SBZ dazu bewog, über ein einfaches Bündnis mit anderen „antifaschistischen“ Kräften (im sogenannten „Antifa-Block“¹²⁾ hinaus eine politische Organisationsform zu suchen, in der sich die auch in nicht-kommunistischen Kreisen geltenden „sozialistischen“ Neigungen bündeln ließen. Daraus ist 1946 bekanntlich die Zwangsvereinigung von KPD und Ost-SPD entstanden, die zur nicht ganz uneigennütigen Aufgabe des Begriffs „kommunistisch“ zugunsten einer sich „sozialistisch“ nennenden Einheitspartei (SED) führte. Pressionen der Sowjets gegen Sozialdemokraten, die sich dieser Vereinigung zu widersetzen versuchten, erklären allein keineswegs, daß die Einheitsstrategie (eine Neuauflage des alten „Volksfront“-Gedankens vor 1933) so umfassend durchgeführt werden konnte. Die Verschleierung der wahren Absicht – die kommunistische Machtbasis, die in Wahlen zu schwach blieb, zu erweitern – war so perfekt und nachhaltig, daß auch in der alten Bundesrepublik nach dem Ende einer direkt antikommunistischen

⁷⁾ Eine sehr beschränkte Ausweichmöglichkeit bot die Rekrutierung von „Bausoldaten“.

⁸⁾ Am verbreitetsten war die Einrichtung von „Getränkestützpunkten“. Komposita wie „Arbeitsstützpunkt“ finden sich noch heute (z. B. in der Lokalzeitung „Zwickauer Pulschlag“ vom 8. Februar 1991, S. 2). „Stützpunkt“ war und ist allerdings auch ein Fachbegriff im westdeutschen Kfz-Gewerbe (z. B. „Reifenstützpunkt“).

⁹⁾ Vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 37.

¹⁰⁾ Vgl. ebd., S. 45.

¹¹⁾ Vgl. ebd., S. 39f.

¹²⁾ Eigentlich „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“. Vom umgangssprachlichen „Antifa-Block“ wurde die Benennung „Blockpartei“ abgeleitet.

Phase kaum jemand der in Wahrheit kommunistisch regierten DDR den Anspruch, ein „sozialistischer“ Staat zu sein, bestreiten wollte¹³).

Überhaupt gehört es zu den Merkwürdigkeiten einer angeblich pluralistischen politischen Bildung im Westen, daß in ihr wichtige Schlüsselwörter der Gegenwarts- und Vergangenheitsdeutung direkt den Lehrbüchern von KPD oder SED entnommen zu sein scheinen und offenbar sogar den Untergang der DDR noch lange überleben werden. Zwar haben Kommunisten schon vor 1933 den Nationalsozialismus unter dem Begriff „Faschismus“ rubriziert, wobei noch nicht ganz ausgemacht ist, inwieweit nicht schon damals die Furcht vor einer Verwechslung des eigenen mit einem „nationalen Sozialismus“ Pate gestanden hat. Doch haben nicht wenige DDR-Deutsche die im SED-Staat verordnete Verwendung von „Faschismus“ für die NS-Ideologie und -Politik als Ausdruck einer solchen Verwechslungsangst empfunden. Eine objektivere Geschichtsbetrachtung jedenfalls kommt nicht umhin, zwischen den gewiß brutalen Erscheinungen des italienischen oder spanischen Faschismus und den Greueln der Nazis doch so gewaltige Unterschiede zu sehen, daß nur eine ideologisch bornierte Systematisierung der Weltgeschichte dazu verführen kann, so unterschiedliche Phänomene mit einer identischen Benennung zu belegen.

Für wie entscheidend in strategischer und taktischer Hinsicht die ostdeutschen Kommunisten die Etikettierung der von ihnen geschaffenen Verhältnisse mit „Sozialismus“ und „sozialistisch“ hielten, läßt sich aus der frühen Inflationierung dieser Tarnnamen ablesen. Das reichte zuletzt von „sozialistischer Arbeitsdisziplin“ bis zum „sozialistischen Wirtschaftsrecht“¹⁴). In dieser Penetration hat sich denn schließlich auch die anfängliche Attraktivität von „Sozialismus“ verbraucht, bis

schließlich nur mehr leere Worthülsen übrig blieben, zumal die damit ursprünglich verbundenen Verheißungen mehr und mehr von einer immer grauer werdenden Realität verschlungen wurden.

Der Konkurs einer zunächst auf Weltverbesserung angelegten Ideologie deutete sich spätestens in der Bescheidung der SED auf einen „real existierenden Sozialismus“ an – eine Formel, die nur scheinbar tautologisch („real“ = „existierend“) ist, vielmehr auf einer bis in die höchsten Ränge der DDR-Partei- und Staatsführung gepflegten Verwechslung von „real“ und „realistisch“ beruht („real existierender S.“ = realistischer/die Realitäten anerkennender S.“)¹⁵). Dennoch sollte man nicht unterschätzen, wie viele Spezifika sich im Vergleich mit westdeutschen Verhältnissen unter den Etiketten „Sozialismus“ und „sozialistisch“ tatsächlich verbargen, die sich erst nach und nach in Spätfolgen mentaler und sprachlicher Art offenbaren.

Bei deren Beurteilung ist es aber nicht ohne weiteres zulässig, allein die westdeutschen Verhältnisse als ungebrochen gesamtdeutsche oder als politisch einzig mögliche Maßstäbe zu nehmen. Vielen der immer wieder zitierten sächlichen und terminologischen Spezifika auf östlicher Seite – sei es im Erziehungswesen, in der Verwaltung, in der Rechtspflege usw. – standen auf westlicher Seite keinesweges unverändert gesamtdeutsche Phänomene gegenüber. Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur wurde in allen Besatzungszonen eine neue Ordnung des öffentlichen Lebens eingeführt, wobei im Westen gegenüber der unmittelbaren Vergangenheit oft mehr verändert wurde als in der SBZ. Die im Westen entstandene Vielfalt bot außerdem nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit unmittelbarer semantischer Vergleiche, wie sie gleichwohl immer wieder nach dem Muster Ost-Lexem : West-Lexem angestellt wurden¹⁶).

IV. Folgen unterschiedlicher Lebensbedingungen und Wertesysteme

Im Laufe der getrennten politischen Entwicklungen in Ost und West waren letztlich alle wichtigen Bereiche des öffentlichen Lebens nur noch schwer vergleichbar geworden. Und das nicht nur, weil sich die SED ständig bemühte zu betonen, daß selbst dort, wo „formale“ Übereinstimmungen weiterhin erkennbar waren, die ideologische Einbettung – Begründung wie Zielsetzung – völlig konträr sei. Es waren nicht zuletzt die unterschied-

lichen Sachstrukturen, die dem einzelnen Phänomen und seiner Benennung in Ost und West je eigene „Stellenwerte“ zuwiesen. So ist hinlänglich bekannt, daß das Mediensystem der DDR in seiner Einbindung in die SED-gelenkte Informationspolitik sowohl in seinen Großformen (Radio- und TV-Programme oder Zeitungen und Zeitschriften) als auch in seinen Einzelprodukten (Nachrichtensendung, Kommentar, Leitartikel usw.) eigentlich mit keiner westdeutschen Erscheinung mehr direkt zu vergleichen war¹⁷). Welches bundesdeutsche Blatt etwa wäre als Pendant zum „Neuen Deutsch-

¹³) Vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 33.

¹⁴) Vgl. ebd., S. 60f.

¹⁵) Vgl. ebd., S. 62f.

¹⁶) Vgl. ebd., S. 12. Lexem = lexikalische Bedeutungseinheit.

¹⁷) Vgl. C. Good, Zeitungssprache im geteilten Deutschland, München 1989.

Phase kaum jemand der in Wahrheit kommunistisch regierten DDR den Anspruch, ein „sozialistischer“ Staat zu sein, bestreiten wollte¹³).

Überhaupt gehört es zu den Merkwürdigkeiten einer angeblich pluralistischen politischen Bildung im Westen, daß in ihr wichtige Schlüsselwörter der Gegenwarts- und Vergangenheitsdeutung direkt den Lehrbüchern von KPD oder SED entnommen zu sein scheinen und offenbar sogar den Untergang der DDR noch lange überleben werden. Zwar haben Kommunisten schon vor 1933 den Nationalsozialismus unter dem Begriff „Faschismus“ rubriziert, wobei noch nicht ganz ausgemacht ist, inwieweit nicht schon damals die Furcht vor einer Verwechslung des eigenen mit einem „nationalen Sozialismus“ Pate gestanden hat. Doch haben nicht wenige DDR-Deutsche die im SED-Staat verordnete Verwendung von „Faschismus“ für die NS-Ideologie und -Politik als Ausdruck einer solchen Verwechslungsangst empfunden. Eine objektivere Geschichtsbetrachtung jedenfalls kommt nicht umhin, zwischen den gewiß brutalen Erscheinungen des italienischen oder spanischen Faschismus und den Greueln der Nazis doch so gewaltige Unterschiede zu sehen, daß nur eine ideologisch bornierte Systematisierung der Weltgeschichte dazu verführen kann, so unterschiedliche Phänomene mit einer identischen Benennung zu belegen.

Für wie entscheidend in strategischer und taktischer Hinsicht die ostdeutschen Kommunisten die Etikettierung der von ihnen geschaffenen Verhältnisse mit „Sozialismus“ und „sozialistisch“ hielten, läßt sich aus der frühen Inflationierung dieser Tarnnamen ablesen. Das reichte zuletzt von „sozialistischer Arbeitsdisziplin“ bis zum „sozialistischen Wirtschaftsrecht“¹⁴). In dieser Penetration hat sich denn schließlich auch die anfängliche Attraktivität von „Sozialismus“ verbraucht, bis

schließlich nur mehr leere Worthülsen übrig blieben, zumal die damit ursprünglich verbundenen Verheißungen mehr und mehr von einer immer grauer werdenden Realität verschlungen wurden.

Der Konkurs einer zunächst auf Weltverbesserung angelegten Ideologie deutete sich spätestens in der Bescheidung der SED auf einen „real existierenden Sozialismus“ an – eine Formel, die nur scheinbar tautologisch („real“ = „existierend“) ist, vielmehr auf einer bis in die höchsten Ränge der DDR-Partei- und Staatsführung gepflegten Verwechslung von „real“ und „realistisch“ beruht („real existierender S.“ = realistischer/die Realitäten anerkennender S.“)¹⁵). Dennoch sollte man nicht unterschätzen, wie viele Spezifika sich im Vergleich mit westdeutschen Verhältnissen unter den Etiketten „Sozialismus“ und „sozialistisch“ tatsächlich verbargen, die sich erst nach und nach in Spätfolgen mentaler und sprachlicher Art offenbaren.

Bei deren Beurteilung ist es aber nicht ohne weiteres zulässig, allein die westdeutschen Verhältnisse als ungebrochen gesamtdeutsche oder als politisch einzig mögliche Maßstäbe zu nehmen. Vielen der immer wieder zitierten sächlichen und terminologischen Spezifika auf östlicher Seite – sei es im Erziehungswesen, in der Verwaltung, in der Rechtspflege usw. – standen auf westlicher Seite keinesweges unverändert gesamtdeutsche Phänomene gegenüber. Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur wurde in allen Besatzungszonen eine neue Ordnung des öffentlichen Lebens eingeführt, wobei im Westen gegenüber der unmittelbaren Vergangenheit oft mehr verändert wurde als in der SBZ. Die im Westen entstandene Vielfalt bot außerdem nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit unmittelbarer semantischer Vergleiche, wie sie gleichwohl immer wieder nach dem Muster Ost-Lexem : West-Lexem angestellt wurden¹⁶).

IV. Folgen unterschiedlicher Lebensbedingungen und Wertesysteme

Im Laufe der getrennten politischen Entwicklungen in Ost und West waren letztlich alle wichtigen Bereiche des öffentlichen Lebens nur noch schwer vergleichbar geworden. Und das nicht nur, weil sich die SED ständig bemühte zu betonen, daß selbst dort, wo „formale“ Übereinstimmungen weiterhin erkennbar waren, die ideologische Einbettung – Begründung wie Zielsetzung – völlig konträr sei. Es waren nicht zuletzt die unterschied-

lichen Sachstrukturen, die dem einzelnen Phänomen und seiner Benennung in Ost und West je eigene „Stellenwerte“ zuwiesen. So ist hinlänglich bekannt, daß das Mediensystem der DDR in seiner Einbindung in die SED-gelenkte Informationspolitik sowohl in seinen Großformen (Radio- und TV-Programme oder Zeitungen und Zeitschriften) als auch in seinen Einzelprodukten (Nachrichtensendung, Kommentar, Leitartikel usw.) eigentlich mit keiner westdeutschen Erscheinung mehr direkt zu vergleichen war¹⁷). Welches bundesdeutsche Blatt etwa wäre als Pendant zum „Neuen Deutsch-

¹³) Vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 33.

¹⁴) Vgl. ebd., S. 60f.

¹⁵) Vgl. ebd., S. 62f.

¹⁶) Vgl. ebd., S. 12. Lexem = lexikalische Bedeutungseinheit.

¹⁷) Vgl. C. Good, Zeitungssprache im geteilten Deutschland, München 1989.

land“ für einen Vergleich überhaupt in Frage gekommen? Vergleichbar waren allenfalls einzelne lexikalische und phraseologische Elemente, die aber – jeweils von ihrem weiteren, pragmatischen Kontext isoliert – kaum noch befriedigende inhaltliche Aussagen zuließen. Erst allmählich lernen wir die Strategien der Rezipienten in der DDR kennen, wie sie aus scheinbar belanglosen Formulierungen oft wichtige Informationen gewinnen konnten¹⁸).

Auf zwei anderen wichtigen Sektoren läßt sich relativ leicht nachvollziehen, daß es eigentlich die SBZ und spätere DDR war, die an älteren Ordnungsprinzipien festhielt, die allen Deutschen schon in der NS-Zeit vertraut geworden waren, die aber den Westdeutschen sehr bald schon wieder fremd geworden waren, weil bei ihnen gänzlich neue Lebensbedingungen eingeführt wurden. Gemeint sind die staatliche Einheitsverwaltung und die Staatsplanwirtschaft. In beiden Fällen muß man den generellen Bruch mit einer gemeinsamen Vergangenheit schon in den dreißiger Jahren ansetzen.

Hinsichtlich der staatlichen Verwaltung liegt der entscheidende Bruch in der Beseitigung der föderalen Elemente der Weimarer Verfassung durch die Nazis, was nicht von vornherein erkennbar war, weil auch in jener Verfassung vieles reichseinheitlich geregelt war. Die Hypertrophie des Reichseinheitsgedankens ließ sich jedoch schon an der explosionsartigen Vermehrung von Komposita mit „Reich“ nach 1933 erkennen¹⁹). Die Aufteilung des Restreichs in Besatzungszonen mit unterschiedlichen Militärverwaltungen ergab sodann den ersten Schritt zu neuer Regionalisierung, die in den Westzonen durch Einführung von Ländern zum föderalen Pluralismus der späteren Bundesrepublik weiter differenziert wurde. Die sprachlichen Folgen sind in der bunten Vielfalt von öffentlichen Terminologien, etwa für Staatsorgane und Schultypen, erkennbar²⁰).

Formal wurden in der SBZ zunächst ebenfalls Länder wiederhergestellt, doch schon 1952 wurden diese zugunsten einer einheitlichen „Bezirks“-Verwaltung mit strenger Unterordnung unter die Ost-Berliner Zentralregierung (Ministerrat) wieder aufgelöst. Hier ist nicht der Raum, die unterschiedlichen politischen Absichten der Besatzungsmächte nachzuzeichnen, wohl aber ist festzuhal-

ten, daß die Sowjets wie die mit ihnen verbündeten Kommunisten für ganz Deutschland einen Zentralstaat wünschten, den sie ab 1949 nur noch im „Kleinformat“ der DDR verwirklichen konnten²¹), mit der terminologischen Folge, daß dieser Staat eine einheitliche Nomenklatur für alle Verwaltungsbereiche festlegte. Wichtiger aber für die Alltagsmentalität der Deutschen in der DDR war die jederzeit ins Bewußtsein gerückte hierarchisch gestufte Abhängigkeit von der Berliner „Zentrale“, in der alles seinen weitgehend vorherbestimmten Platz hatte mit nur geringen Spielräumen individueller Entfaltung²²); auch die Staatspartei war in ihrer Gliederung parallel zum Staatsaufbau dem Leninschen Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ verpflichtet. Die materiellen Unterschiede zu den NS-Verhältnissen einschließlich der Durchdringung des Staates und seiner Organe mit permanenten Parteinflüssen blieben in der DDR also denkbar gering.

In gleicher Weise zentral-/partei gelenkt stellten sich die wirtschaftlichen Strukturen der DDR dar, die ebenfalls ihre Vorläufer in der Wirtschaftspolitik des NS-Reiches hatten. Auch hier durchliefen zunächst die Deutschen aller Zonen nach 1945 eine gemeinsame Phase planwirtschaftlicher Politik, die allein mit der ungeheuren Nachkriegsnot fertigzuwerden versprach. Daß Planwirtschaft in einem grundsätzlichen Zusammenhang mit Mängelverwaltung steht, zeigen die frühen Versuche mit dieser Wirtschaftsform im Ersten Weltkrieg, aus denen auch die ersten deutschen planwirtschaftlichen Begriffe stammen²³). Den Nazis war es vorbehalten, in der Vorbereitung auf einen neuen Krieg 1936 eine neue Mängelverwaltung durch Planwirtschaft einzuführen. In diesem Jahr wurde unter Leitung von Hermann Göring der erste „Vierjahresplan“ der deutschen Wirtschaft in Kraft gesetzt, der als terminologischer Vorläufer der „Halb-/Zwei-/Fünf-/Siebenjahr(es)pläne“ gelten kann.

Die Prolongierung der Planwirtschaft über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus war in der SBZ und DDR vorwiegend ideologisch bedingt, was hier nicht weiter ausgeführt zu werden braucht. Wohl aber muß auch bei diesem Thema ausdrücklich auf die lebenspraktischen Folgen hingewiesen werden, die grundsätzlich denen aus der Beibehaltung einer zentralstaatlichen Ordnung entsprechen: hierarchisch gestufte Abhängigkeit von einer zentralen Leitungsinstanz, hier der „Staatlichen

¹⁸) Zu einem Versuch der Annäherung an die „philologische“ Entschlüsselung von DDR-Zeitungsmeldungen (am Beispiel der Tschernobyl-Katastrophe) vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 117ff.

¹⁹) Vgl. ebd., S. 20.

²⁰) Vgl. ebd., S. 48f., 96f.

²¹) Der Name „Deutsche Demokratische Republik“ für den Zukunftsstaat stand für die SED schon seit 1946 fest; vgl. ebd., S. 29.

²²) Dies war der inhumane Hintergrund der SED-Formel von der „sozialen Geborgenheit“.

²³) Vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 71.

Plankommission“, die bis in das wirtschaftliche Handeln auf den untersten Ebenen wirkte²⁴⁾.

Die jahrzehntelange Eingewöhnung in so gestaltete Lebensbedingungen konnte – ähnlich wie die spätere, aber gleichfalls intensive Anpassung der Westdeutschen an marktwirtschaftliche Strukturen – nicht ohne Folgen für Denken und Sprechen bleiben. Sie zeigen sich beispielsweise in der Unvergleichbarkeit der semantischen Qualitäten von Begriffen wie „Plan“ und „Markt“, die nicht nur in ihrer Gebrauchshäufigkeit differierten, sondern auch in einem reziproken Bewertungsverhältnis zueinander standen; vereinfacht dargestellt: „Plan“ Ost: positiv – West: negativ, „Markt“ Ost: negativ – West: positiv. Unterhalb dieser Zentralbegriffe gruppierten sich zahlreiche in Ost und West äußerlich identische Termini der Ökonomie auf höchst unterschiedliche Weise, ergaben infolge sachlich bedingter Unterschiede je eigene „Wort- oder Begriffsfelder“²⁵⁾, so etwa bei Begriffen wie „Bilanz“, „Fonds“, „Gewinn“ oder „Preis“.

Es bedurfte also kaum jener in den siebziger Jahren von SED-Führung und willfähigen Linguisten betriebenen Kampagne gegen die Überzeugung, die deutsche Spracheinheit bestehe nach wie vor²⁶⁾, um zu erkennen, daß die Deutschen in Ost und West sich auch sprachlich, in Wortwahl und Semantik, auseinanderlebten. Von der ideologischen Borniertheit mancher „Analyse“ einmal abgesehen, die das Verlautbarungsdeutsch der DDR dem Sprachgebrauch in der Bundesrepublik als inhaltlich wie stilistisch überlegen feierten²⁷⁾, litten die Nachweise einer „Sprachspaltung“ oder auch nur des Zerfalls des Deutschen in „nationalsprachliche Varianten“ unter dem methodischen Mangel, daß sie die offiziellen Äußerungen aus der DDR zum ausschließlichen Maßstab machten, die Alltagssprache hingegen außer acht ließen²⁸⁾. Dadurch blieb diejenige sprachliche Ebene ausgeblendet, in der sich Innovationen erst einmal behaupten müssen, wenn sie längere Geltung erlangen sollen. In

der DDR war dieser Blackout ideologisch bedingt; westdeutsche Forscher wurden durch Verordnungen daran gehindert, die Alltagssprache „vor Ort“ systematisch zu beobachten.

Gleichwohl behalten viele der auf das öffentliche Deutsch in der DDR konzentrierten Arbeiten ihren Wert, weil in ihnen zumindest die Rahmenbedingungen auch der DDR-Alltagskommunikation aufscheinen. Die politisch-ideologisch wie sächlich strenge Normierung der DDR-Kommunikation vermittelte ja selbst kritischen DDR-Deutschen nicht wenige Denk- und Sprachmuster, so daß sich noch heute in der nicht mehr gegängelten, wieder spontan gewordenen Sprache der neuen Bundesbürger manches findet, das unüberhörbar eine kognitive wie emotionale Eigenart bezeugt²⁹⁾.

Ein eklatantes Beispiel für das Nachwirken SED-marxistischer Normen der Weltdeutung war nach der „Wende“ etwa die mehrfache, also nicht durch Versprecher zu erklärende Formulierung des Innenministers Diestel in einer Volkskammerdebatte, er wolle den Mitarbeitern seines Hauses und der Polizei ein neues Selbstbewußtsein, ein neues Berufsdenken „organisieren“³⁰⁾. Solche und ähnliche Äußerungen lassen sich nur vor dem Hintergrund einer jahrzehntelang verkündeten Machbarkeitsideologie verstehen, die den „Überbau“ geistiger Phänomene nur als sekundäre Erscheinung einer rein materialistisch gedeuteten „Basis“ gelten ließ. Es blieb eben nicht ohne Folgen, daß in zahllosen Texten – von der Verfassung der DDR über die Bildungsgesetzgebung bis in die Wörterbuchartikel – grundsätzlich die „materiellen Bedürfnisse“ vor den „kulturellen Bedürfnissen“ rangierten und daß die Rechte von Kollektiven stets Individualrechten (falls man sie überhaupt noch erwähnte!) übergeordnet wurden³¹⁾.

So wie die DDR-spezifischen Lebensbedingungen ihren Einfluß auf die Alltagskommunikation hatten, weil auch ein Dissident um ihre offiziell gültige Benennung nicht herumkam, so schlug sich auch das DDR-spezifische Wertesystem im Denken, Fühlen und Sprechen nieder, am deutlichsten dort, wo auch SED-Gegner jeweils die identitätsstiftenden Pronomina „wir“ und „unser“ („Wir hier/in der DDR“, „unsere Menschen“) benutzten und angesichts der weiterhin ungleichen Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern wohl noch lange benutzen werden.

²⁹⁾ Das Mannheimer Institut für deutsche Sprache und das Berliner Zentralinstitut für Sprachwissenschaft haben eine „Gesamtdeutsche Korpusinitiative“ zum „Wende-Wortschatz“ begonnen, in: Sprachreport, 1 (1991), S. 4.

³⁰⁾ Nach einer Videoaufzeichnung der 5. Volkskammersitzung am 3. Mai 1990.

³¹⁾ Zu den semantischen Folgen für Lexeme wie „individuell“ vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 161f.

²⁴⁾ Zur Fast-Identität von „planen“ und „wirtschaftlich handeln“ demnächst: H. D. Schlosser, Beobachtungen zur wirtschaftlichen Umgestaltung im Osten Deutschlands und ihren sprachlichen Folgen, in: Lebende Sprachen, (1991) 3 oder 4.

²⁵⁾ Zum Vorschlag „wortfeldspezifischer“ Betrachtung (nach der von J. Trier begründeten „Wortfeldtheorie“) vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 15f.

²⁶⁾ Vgl. M. W. Hellmann (Anm. 1).

²⁷⁾ Maßgebend wurde darin W. Ulbricht, der 1970 verkündete: „Zwischen der traditionellen deutschen Sprache Goethes, Schillers, Lessings, Marx' und Engels', die vom Humanismus erfüllt ist, und der vom Imperialismus verseuchten... Sprache in manchen Kreisen der westdeutschen Bundesrepublik besteht eine große Differenz“, in: Neues Deutschland vom 16. Juni 1970.

²⁸⁾ Selbst die moderate Arbeit W. Fleischers u. a., Der deutsche Wortschatz in der DDR, Leipzig 1987 (in der die Weiterexistenz der deutschen Sprachgemeinschaft konstatiert wird) blendet die alltägliche Kommunikation aus.

V. Nachzuholende Lernprozesse

Einflüsse der offiziellen Sprache der DDR auf die dortige Alltagskommunikation sind also nicht zu übersehen und wirken fort. Die strenge Hierarchisierung kommunikativer Akte, die den Sprechenden bei offiziellen Anlässen und offiziellen Themen in weit höherem Maße, als in demokratischen Gesellschaften vorstellbar, dazu zwang, sich der vorgestanzten Schablonen zu bedienen, hatte für die Alltagssprache zwei höchst gegensätzliche Folgen. Zum einen blieb sie mangels eines ungezwungeneren Austauschs mit der offiziellen Sprache³²⁾ deutlich hinter der geradezu stürmischen Entwicklung ihres westlichen Pendant zurück und konservierte viele alte deutsche Sprachgepflogenheiten, die im Westen längst „literarisch“ oder gar „archaisch“ anmuteten (z. B. in Wendungen wie „barmen“, „Bescheid tun“, „erheischen“, „es gebricht“ u. ä.³³⁾). Zum anderen konnte sich in ihr in dieser größeren Nähe zu alten deutschen Traditionen über alle semantischen Engführungen durch die SED hinweg ganz offensichtlich auch eine alte Bedeutungsfülle vieler Wörter und Begriffe halten, die schließlich die Befreiung von ideologischen Schablonen ermöglichte. Begriffe wie „Freiheit“, „Demokratie“, „Deutschland“ bewahrten in der DDR unterhalb der Verlautbarungssprache einen sehr viel weiteren semantischen Horizont, als die SED glauben machen wollte, und hatten infolge jahrelanger Verdrängung schließlich einen sehr viel höheren emphatischen Wert als in der Bundesrepublik, wo in satter Selbstgenügsamkeit etwa „Deutschland“ nur noch für den westdeutschen Staat galt.

Die DDR-Alltagssprache war mithin gleichsam ein Rückzugsraum für alternative Gesinnungen, aus dem heraus entscheidende Impulse der Selbstbefreiung von einem Regime kommen konnten, das seine einstmals hehren Zukunftsvisionen in erstarrten Formeln verkommen ließ. Der hohe Konsum an West-Fernsehen und -Hörfunk hat sicherlich zur Stabilisierung der inoffiziellen Bedeutungsfülle der Wörter beigetragen; in entscheidenden Punkten aber machte sich dann doch eine DDR-eigene Dynamik des Sprachgebrauchs bemerkbar.

³²⁾ Der mechanische, oft abrupte Wechsel zwischen offiziellem und nicht-offiziell sprachlichen Repertoire ist als DDR-typisches „Code-switching“ in die Literatur eingegangen. Der Meinung W. Hartungs (Einheitlichkeit und Differenziertheit der deutschen Sprache, in: Zeitschrift für Germanistik, 4 [1990], S. 447–466), in der DDR seien die Repertoirewechsel wie in anderen Kommunikationsgemeinschaften vorgenommen worden, muß aus intensiver Zeugenschaft widersprochen werden.

³³⁾ Vgl. H. D. Schlosser (Anm. 3), S. 139.

Man kann dies an der zentralen Parole der Protestbewegung im Herbst 1989 „Wir sind das Volk!“ nachweisen. „Volk“, das in der SED-Rhetorik längst zum Alibiargument für die Parteidiktatur geworden war, gab – auch wenn es zunächst vielleicht nur parodistisch gegen die gängigen SED-Parolen („Mit dem Volk für das Wohl des Volkes“) gewendet war – sehr bald seine alte semantische Kraft zu erkennen, die im Westen in dieser Weise längst nicht mehr allgemein galt. Da wurde unüberhörbar der traditionelle demokratische Anspruch auf „Volkssouveränität“ evoziert, ein Anspruch, der sich in dieser Intensität vielleicht tatsächlich nur dort halten konnte, wo seit 1933 ununterbrochen kollektive Gesinnungen propagiert worden waren und Partikularinteressen oder gar individuelle Ansprüche als verpönt galten.

Vergleicht man damit Grundströmungen westdeutscher Mentalität, so erscheint es schlechterdings unvorstellbar, daß eine westdeutsche Protestbewegung vor 1989 mit gleicher Inbrunst ein so totales Kollektiv wie „das Volk“ hätte berufen können. Das zerfiel und zerfällt noch heute in zahllose Interessengruppen („Wir Steuerzahler“, „Wir Atomkraftgegner“, „Wir Naturschützer“), so daß die häufigen Beschwörungen von „Solidarität“ geradezu als untrügliches Indiz eines grundsätzlichen Mangels eben dieser Tugend gelten müssen. (Der Umgang westdeutscher Politiker und westdeutscher Interessenverbände mit den „Kosten der Einheit“ spricht da eine deutliche Sprache, was sicher dazu beitragen wird, daß sich das Kollektivbewußtsein derjenigen Deutschen, die einige Jahrzehnte länger als die Westdeutschen für einen gemeinsam angezettelten Weltkrieg büßen mußten, so schnell nicht auflösen wird).

In der sicheren Entfernung zu materieller und geistiger Not, die durch 45 Jahre kommunistischer Herrschaft verursacht worden ist, gab es seit dem Herbst 1989 nicht wenige Westdeutsche, die sich anmaßen, die schnelle Anpassung der ehemaligen DDR-Gesellschaft an durchaus problematische westliche Standards wie den Konsumrausch oder die schnellfertige Sprüchemacherei zu kritisieren. Tatsächlich war die „Wende-Zeit“ mit ihren idealistischen Programmen und ihrer sprachlichen Kreativität nur von kurzer Dauer. Doch belegt die Kritik daran nicht letztlich eher westliche Mängelercheinungen, die die ehemaligen DDR-Deutschen gleichsam stellvertretend (erneut stellvertretend) für den größeren immobilen Rest abarbeiten sollen? Wo sind denn in der alten Bundesrepublik etwa die einstmals von Alternativbewegungen auch in den Parlamenten inszenierten und von den „Altparteien“ nachgeahmten Aufschwünge sprachlicher Kreativität geblieben?

Wenn die Wiederherstellung der deutschen Einheit mehr sein soll als die besinnungslose Anpassung an westdeutsche Normen oder eine nur äußerliche Angleichung im Lebensstandard, dann wird es höchste Zeit, daß auch der Sprachgebrauch der westdeutschen Öffentlichkeit mit seinen oft unsäglichen (und dann leider doch gesagten) Gedankenlosigkeiten einmal „von außen“, also aus der Sicht derer unter die Lupe genommen wird, die noch nicht im Strom der Selbstgefälligkeit schwimmen gelernt haben. Die Arroganz, mit der etwa die (zweifelloso notwendige) Untersuchung von ehemaligen DDR-Lehr- und Forschungsstätten auf ihre Zukunftschancen hin als „Abwicklung“, die Phase sozialer Unsicherheit der Geprüf-

ten als „Warteschleife“ benannt werden, läßt wenig westdeutsche Sensibilität erkennen.

Aus dem östlichen Teil Deutschlands stammt ein Klassiker der deutschen Sprachkritik: das Buch des jüdischen Romanisten Victor Klemperer „LTI [Lingua Tertii Imperii]. Die unbewältigte Sprache“ (zuerst erschienen 1946); sein methodischer Ansatz mag inzwischen umstritten sein, diese kritische Untersuchung der Sprache des „Dritten Reiches“ stellt aber immer noch eine Herausforderung dar, die Sprache der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart nicht nur späteren Sprachhistorikern zu geziemend distanzierter Betrachtung zu überlassen.

„Von mir hätten Sie immer nur die halbe Wahrheit bekommen.“

Interviews mit Journalisten des Deutschen Fernsehfunks der DDR

I. Interviews: Versuche, der Wahrheit etwas näher zu kommen

Wie lassen sich vergangene Handlungen nachvollziehen, wenn die vorhandenen Unterlagen unvollständig sind und die befragten Akteure mehr oder weniger bewußt versuchen, wichtige Aspekte ihrer früheren Tätigkeiten unter veränderten Umständen in einem für sie günstigeren Licht erscheinen zu lassen? Wie lassen sich Widersprüche aufdecken, wenn alle Mitarbeiter einer Redaktion bestimmte Aspekte ihrer Vergangenheit ausblenden? Wie sind Aussagen in einer bestimmten Phase der Identitätsfindung und Arbeitsplatzsicherung unserer Interviewpartner zu interpretieren, wenn sie sich auf unterschiedlich weit zurückliegende und verschieden tabuisierte Aspekte ihres beruflichen Lebens und ihrer persönlichen politischen Einstellung beziehen?

Mehr Fragen als Antworten bleiben auch ein Jahr nach der Durchführung unserer Interviews im damaligen (bis zum 11. März 1990) Fernsehen der DDR und (seit dem 12. März 1990) Deutschen Fernsehfunks der Deutschen Demokratischen Republik (DFF). Die Redaktion der „Aktuellen Kamera“, der Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, hatte zur Zeit der Befragung 350 Mitglieder, wovon etwa 100 Journalisten und Journalistinnen waren. Von ihnen waren vor der Wende – nach Auskunft ihres Chefredakteurs, Klaus Schickhelm – 95 Mitglieder der SED. Bei den nicht-journalistischen Mitarbeitern sei der Anteil unter 50 Prozent gewesen.

Am 25. und 26. Januar 1990 berieten 400 Journalisten und Journalistinnen in Ost-Berlin über die Zukunft ihres Verbandes. Die vorherrschende Stimmung war: „Wir waren Täter und Opfer zugleich... Der alte Zentralverband war mit dem Bekenntnis zur Mitschuld an der ‚Desinformationspolitik‘ zurückgetreten.“¹⁾ Auf einer Tagung

¹⁾ Publizistik und Kunst. Zeitschrift der IG Medien, (1990)3, S. 26–27; vgl. ferner das Sonderheft „Medien im Aufbruch“ der Fachzeitschrift der Österreichischen Gesellschaft für Kommunikationsfragen: Medien Journal, (1990)1; Barbara Baerns, Journalismus und Medien in der DDR. Ansätze, Perspektiven, Probleme und Konsequenzen des

in der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr beschrieb der Rundfunkbeauftragte des Bundes der Evangelischen Kirche der DDR, Volker van der Heydt, die Lage in der DDR so: „Es ist eine Zeit, in der einem das Wort im Munde veraltet.“²⁾

Diesen Eindruck gewannen wir auch bei unseren 27 Interviews im März 1990 in Berlin-Adlershof und bei unseren Nachfragen nach zwischenzeitlichen Veränderungen bei denselben Interviewten sowie drei ergänzenden Interviews mit einer ehemaligen Mitarbeiterin und zwei ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Fernsehens im Mai 1990. Würden wir die persönliche wie politische Entwicklung der entsprechenden Aussagen allein als individuell zurechenbare interpretieren, so würden wir Änderungen in den Meinungen entweder in der Prinzipienlosigkeit und Wendigkeit der Befragten suchen oder in Schuldeingeständnissen, Konversionserlebnissen oder der Anpassung an die historisch zur Zeit stärkere politische Richtung des ehemaligen „Klassenfeindes“ und „Weltfriedensgefährders“.

Die Gründe für Veränderungen der Einstellungen der befragten Journalisten dürften allerdings komplizierter sein: ein Wechselspiel und Wechsel-

Wandels, herausgegeben von der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V., Königswinter, März 1990. Für eine erste wissenschaftliche Einordnung der Medien und Medienwissenschaft in der DDR in der „Phase des Umbruchs“ aus der Sicht von Wissenschaftlern der DDR und der Bundesrepublik, vgl. das Schwerpunktheft von „Rundfunk und Fernsehen“, 38 (1990)3, darin besonders die Beiträge von Helmut Hanke, Kurt R. Hesse, Gunter Holzweißig, Peter Hoff und Jürgen Grubitzsch. Für eine erste Auswertung unserer Interviews im Vergleich zu offiziellen Aussagen zur Journalistenausbildung in der DDR in der Fachzeitschrift „Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus“ vgl. Georg Schütte, Theorie und Praxis des „sozialistischen Journalisten“, in: Peter Ludes (Hrsg.), DDR-Fernsehen intern. Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990, S. 307–321. Als allgemeine sozialpsychologische und psychoanalytische Ergänzung zu den hier vorgestellten Interpretationen ist besonders empfehlenswert Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, besonders S. 102–118 und 135–169.

²⁾ Publizistik und Kunst (Anm. 1), S. 33.

kampf von Entwicklungen in der DDR, zwischen der DDR und der Bundesrepublik, in den internationalen Beziehungen vor allem zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten und der NATO, von Entwicklungen in der Sowjetunion und anderen (ehemaligen) sozialistischen Bruderländern und der jeweils individuellen Erfahrung und Einordnung dieser Entwicklungen in die eigene Biographie. Vor allem war aber die Angst vor Arbeitslosigkeit entscheidend geworden.

Die Auswertung unserer Interviews³⁾ konnte ergänzt werden durch nachträglich erfaßte Sendeunterlagen der „Aktuellen Kamera“ (AK), Diplomarbeiten einiger der von uns befragten Journalisten und die Sichtung von Aufzeichnungen der „Aktuellen Kamera“ aus der Zeit vor der revolutionären Wende im Oktober/November 1989 im Vergleich zu späteren Sendungen⁴⁾.

Es lassen sich fünf unterschiedliche Einschätzungen der Veränderungen in der DDR auf der Grundlage dieser Interviews rekonstruieren: 1. Zufriedenheit darüber, daß die empörenden Zustände endlich abgeschafft wurden (drei der Befragten); 2. das mehr oder weniger verbitterte Eingeständnis einer historischen Niederlage der SED-Politik und des real existierenden Sozialismus (21 der Befragten); 3. gab es das bedauernde Eingeständnis, daß die Revolution zur Niederlage des Sozialismus insgesamt beitrug (eine Redakteu-

rin und ein Redakteur von „Elf 99“); 4. ein Redakteur interpretiert die Entwicklung insgesamt eher als Ausdruck unausweichlicher Modernisierungserfordernisse und 5. gab es drei Interviewte, die die Entwicklung in der DDR teils fröhlich, teils gelassen mehr beobachteten als werteten.

Die im folgenden referierten Aussagen sollten durchgehend als Ausdruck einer bestimmten Phase der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung in der ehemaligen DDR gesehen werden. Gerade in Phasen schneller gesellschaftlicher Umbrüche ist es nötig, sich den zeitbedingten historischen und sozialen Kontext bestimmter Aussagen ins Gedächtnis zu rufen. Wohl alle der von uns Befragten würden heute andere Aussagen treffen; die meisten erkannten bereits ein halbes Jahr nach den Interviews, daß diese ein typischer Ausdruck ihrer seinerzeitigen persönlichen Entwicklung waren und auch Ausdruck der damals teilweise noch unterstellten Wunschvorstellung einer separaten Entwicklung der DDR.

Um die Auswahl und Interpretation der Zitate in diesem Aufsatz überprüfbar zu machen, konzentriere ich mich vor allem auf die Interviews, die in Teil II des von mir herausgegebenen Buches „DDR-Fernsehen intern“ Ende 1990 veröffentlicht wurden. Die anderen hier zitierten Interviews sollen nur in dem Fall identifiziert werden, in dem der Befragte die Gelegenheit zur Korrektur der Transkription hatte.

II. Journalismus als Klassenkampf

1. Die Entwicklung der „Aktuellen Kamera“ 1952 bis 1990

Die „Aktuelle Kamera“ spielte für das Fernsehen der DDR eine wichtigere Rolle als die Nachrichtenredaktionen und -sendungen der Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Deutschland⁵⁾. Wichtige zukünftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Abteilungen des Deutschen Fernsehfunks sollten beispielsweise in der Redaktion der „Aktuellen Kamera“ zuerst die richtige parteipolitische Gefolgschaftstreue einüben. Die Sendung galt – wie

das „Neue Deutschland“ – als Aushängeschild des SED-Staates.

Wie einer unserer Interviewpartner sagte, „hatte die ‚Aktuelle Kamera‘ im gesamten politischen System der Vor-Wende-Zeit einen solchen Stellenwert, daß viele Leute das eben auch aus bestimmten beruflichen Gründen, aus Orientierungsgründen sehen mußten“. Sie „setzte ja zugleich auch Schwerpunkte, die der politisch geübte Zuschauer erkannte“. Eine Aufgabe dieser Nachrichtensendung war, „sozusagen wie ein Staatsanzeiger bestimmte Positionen der Parteiführung und der Regierung zum Tage wiederzugeben, und das eben dann natürlich auch in voller Länge“.

Es wäre aber falsch, die 38jährige Entwicklung der „Aktuellen Kamera“ als ganz einheitlich zu interpretieren. Ihre politische Rolle war vor dem Mauerbau 1961 weniger eindeutig fixiert als danach; die Ära Honecker führte ab 1971 zunächst zu einer Liberalisierung. 1978 begann mit dem Amtsantritt des ZK-Sekretärs für Agitation und Propaganda, Joachim Herrmann, eine neue Zensurphase. Mit

³⁾ Details zu diesen Interviews können im DFG-Sonderforschungsbereich 240 der Universität-Gesamthochschule Siegen erfragt werden.

⁴⁾ Vgl. Peter Ludes, Stars der internationalen Politik: Die Gipfeltreffen zwischen Gorbatschow und Reagan in Fernsehrichtensendungen der Bundesrepublik und der DDR, in: Christian W. Thomsen/Werner Faulstich (Hrsg.), Seller, Stars und Serien – Medien im Produktverbund, Heidelberg 1989; ders. (Anm. 1).

⁵⁾ Dieser Abschnitt beruht auf Kapitel 1 meines Aufsatzes „Nachrichtensendungen des DDR-Fernsehens“, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 7–116.

der Amtsübernahme von Generalsekretär Gorbatschow in der Sowjetunion 1985 wurde die Zensur sogar gegenüber den sozialistischen Bruderländern angewandt. Deshalb soll hier zunächst ein Überblick über verschiedene Abschnitte der Entwicklung der „Aktuellen Kamera“ aus der Sicht unserer 30 Interviewpartner gegeben werden. Stellen wir die von verschiedenen Befragten – die unterschiedlich lange bei der AK mitarbeiteten – genannten Phasen zusammen, so ergeben sich folgende Phasen (das Vokabular wurde aus den Interview-Texten der Authentizität halber übernommen):

1. Aufgrund des antifaschistischen Kampfes kommunistischer Parteien und der Sowjetarmee, ergänzt durch positive Erfahrungen in der Widerstandsbewegung sowie mit sowjetischen Soldaten und Genossen, erschienen die fünfziger Jahre als Fortsetzung eines antiimperialistischen Kampfes, der auch mit Hilfe von gutgemachten Fernsehnachrichtensendungen geführt werden sollte. Hierfür stellte sich zum Beispiel der Sohn einer West-Berliner Millionärsfamilie und erste Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“, Günter Nerlich, aus voller Überzeugung zur Verfügung. Die Fluchtwelle aus der DDR, die am 13. August 1961 zum Bau der Mauer führte, wurde von den Befragten nicht als Legitimationskrise der SED bzw. der DDR gesehen. Allerdings deutet die Tatsache, daß nach der anfänglichen offiziellen Versuchsphase – die am Geburtstag Stalins, dem 21. Dezember 1952 begann – in der Zeit von Juni 1953 bis Oktober 1954 keine Nachrichtensendungen des Fernsehens der DDR ausgestrahlt wurden, darauf hin, daß der 17. Juni 1953 neue Überlegungen für diese wichtigste politische Fernsehsendung erforderlich machte.

2. Die Zeit direkt im Anschluß an den Mauerbau und an die Kuba-Krise im Oktober 1963 war geprägt durch den Kalten Krieg, der gerade auf deutschem Boden, auch durch die Propaganda und Gegenpropaganda der Medien der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, erfolgte. In einem solchen welthistorischen Kampf um Sieg oder Niederlage, Überleben eines Gesellschaftssystems auf Kosten eines anderen, sei jede Infragestellung von Parteidisziplin moralisch schlecht und politisch dumm gewesen. Jeder, der das Land verlassen habe, habe einen Verrat an seiner Klasse begangen und sei eigentlich feige gewesen.

3. Mit dem Amtsantritt von Erich Honecker und dem 8. Parteitag der SED 1971 begann eine Phase der innerparteilichen Liberalisierung, die ermöglicht wurde durch die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik und die einsetzende Entspannung zwischen den Weltmächten. Die zunehmende Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR außerhalb des

damaligen Ostblocks und der Dritten Welt verstärkte diese Liberalisierung. 1973 erklärte Honecker, daß jeder die westlichen Massenmedien „nach Belieben ein- oder ausschalten“ könne. Die sozialistischen Massenmedien wurden aber weiterhin eng an die Parteilinie gebunden. Als Motivation für das Mitmachen in dieser Phase gaben einige der Befragten an, sie hätten darauf gehofft, daß die Liberalisierung weiter voranschreite und sie mit einer Unterordnung unter die Parteilinie und mit leichterer innerparteilicher Kritik diesen Prozeß fördern oder selber an ihm teilnehmen könnten.

4. Mit dem Amtsantritt des ehemaligen Chefredakteurs des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, Joachim Herrmann, als ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda im Jahre 1978 wurde auch die AK immer detaillierter kontrolliert. Die von den Redaktionskonferenzen vorgeschlagenen Sendeabläufe wurden von Berlin-Adlershof „in die Stadt“ an Herrmann weitergeleitet. Seine Abteilung strich vorgesehene Meldungen und Themenbereiche, änderte die Reihenfolge, verlangte die Hinzunahme anderer Themenbereiche oder die Ausweitung von Berichterstattungen über SED-Ereignisse, vor allem über politische Treffen und Reden des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Aktuellen Kamera“ waren darauf eingestellt, ihre Vorschläge für die Sendung auch kurzfristig zu verändern. Die mehrmalige telefonische und schriftliche Abstimmung mit „der Stadt“ ging bis kurz vor Sendebeginn (19.30 Uhr). Strahlte „heute“ etwas von der DDR-Führung als besonders wichtig Angesehenes aus, mußte kurzfristig darauf reagiert werden, oft mit detaillierten Anweisungen über die Position und Länge der Meldung, den genauen Wortlaut und eventuell einer Bildeinblendung. Die seit 1978 verschärfte propagandistische Auseinandersetzung mit dem „imperialistischen Klassenfeind der monopolkapitalistischen BRD“ wurde u. a. vorangetrieben durch die sich vergrößern den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR.

5. Mit dem Amtsantritt Gorbatschows, seiner Politik von Perestroika und Glasnost sowie den Abrüstungsverträgen zwischen den USA und der Sowjetunion trat die Agitation und Propaganda der SED in eine entscheidende neue Phase: Zum ersten Mal war der sozialistische Bruder, die große Sowjetunion, nicht mehr das Land, von dem zu lernen siegen lernen hieß. Die Berichterstattung aus der Sowjetunion und den anderen Ländern des damaligen Ostblocks wurde außerordentlich verringert und die aus Moskau fast ganz eingestellt – Glasnost und Perestroika wurden zu Tabuthemen. Dies führte auch zu kritischen Vorwürfen gegen die Korrespondenten der „Aktuellen Kamera“ in

den Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten. Das Verbot der ins Deutsche übersetzten sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ Ende 1988, in der eine grundsätzliche Kritik am Stalinismus veröffentlicht worden war, führte zu ersten allgemeineren Mißmutskundgebungen innerhalb der SED.

6. Im Anschluß an die Kommunalwahlen vom Mai 1989 in der DDR wurden verstärkt Vorwürfe der Wahlfälschung öffentlich erhoben. Die Fluchtwelle über Ungarn und die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Warschau öffnete den „Eisernen Vorhang“. Die immer offensichtlicher werdende Ratlosigkeit der SED-Führung weckte bei den von uns Befragten anscheinend die Erwartung einer „chinesischen Lösung“.

7. Nach Auskunft der meisten von uns Befragten änderte sich die „Aktuelle Kamera“ schlagartig mit dem Amtsantritt von Egon Krenz am 18. Oktober 1989: Seitdem wurde die Telefonverbindung mit dem ZK-Sekretariat für Agitation und Propaganda nicht mehr gebraucht. Nach Auskunft einer Redakteurin von „AK-Zwo“ hatte Herrmann „das letzte Mal am 16. Oktober verboten, über die Montagsdemo zu berichten. Da hatten wir alles schon hier. Der Bericht war schon im Haus, 19.29 Uhr.“

Die Phase einer freieren journalistischen Arbeit im Rahmen einer reformerischen SED-Politik und mit der Hoffnung auf eine Verteidigung der DDR als sozialistischer Staat dauerte etwa bis Januar 1990. Erst seitdem wurde der monopolistische Herrschaftsanspruch der SED bzw. PDS als unrealistisch angesehen und nach und nach zugestanden bzw. erkannt, daß die eigene journalistische Tätigkeit nun im Rahmen einer sich entwickelnden pluralistischen Demokratie zu erfolgen habe. Für alle Befragten offensichtlich – und im Vergleich unserer Interviews vor und nach den Wahlen deutlich – waren die Wahlen am 18. März 1990 der Abschied von der Hoffnung auf eine marxistische, SED-sozialistische Politik.

8. Seit den Wahlen vom 18. März 1990 verstärkte sich die Angst um den eigenen Arbeitsplatz und um den Fortbestand des Deutschen Fernsehfunks der DDR. Dennoch entstanden nach der Wende mehrere neue Nachrichtensendungen des Fernsehens der DDR: Am 30. Oktober 1989 begann die „AK-Zwo“, die bis zum Ende der „Aktuellen Kamera“ am 14. Dezember 1990 werktags im zweiten Programm des Deutschen Fernsehfunks von 22.00 Uhr bis 22.20 Uhr als Nachrichtenjournal mit Hintergrundinformationen ausgestrahlt wurde. Am 5. März 1990 begann „AK am Morgen“ von 9.45 Uhr bis 10.00 Uhr; am 19. März 1990 das „AK Mittagmagazin“; am 23. April 1990 begannen die neuen Nachrichtensendungen des zweiten Programms des Deutschen Fernsehfunks der DDR „5

vor 5“, „7 vor 7“ und „8 vor 8“. Seit dem Ende der „Aktuellen Kamera“ am 14. Dezember 1990 strahlt die DFF-Länderkette werktags zwischen 19.00 und 19.57 Uhr ein „Abendjournal“, „Fernsehwitter“ und „Aktuell Nachrichten“ aus.

Im Einigungsvertrag wurde festgesetzt: „Der ‚Rundfunk der DDR‘ und der ‚Deutsche Fernsehfunks‘ werden als gemeinschaftliche, staatsunabhängige, rechtsfähige Einrichtungen bis spätestens 31. Dezember 1991 weitergeführt.“ Artikel 36 des Vertrages legt weiterhin fest, daß innerhalb dieses Zeitraums die genannten Einrichtungen durch einen gemeinsamen Staatsvertrag aufzulösen oder in Anstalten des öffentlichen Rechts einzelner oder mehrerer Länder zu überführen seien.

2. SED-Fernsehjournalisten vor und nach der revolutionären Wende im Oktober 1989

„Das Schlimme ist ja, daß wir – nicht alle, aber doch die, die am tiefsten im Nachrichtengeschäft drinsteckten und Kontakte im ganzen Land hatten – vieles wußten oder empfanden oder spürten, manchmal auch nur witterten, was da schief lief, vor allem seit Mitte der achtziger Jahre, seit der ‚Alternative Gorbatschow‘. Wir zogen nicht die Konsequenz. Entweder war es Disziplin – auch das ist etwas, auf das man sich leicht herausreden kann, aber es spielte doch eine Rolle; oder es war die Hoffnung: irgendwann muß ja mal eine Situation kommen, in der sich etwas würde ändern lassen. Oder man hat sich bemüht, in seinem Aufgabengebiet anständig zu sein und zu tun, was eben möglich war – ich betone: Das entschuldigt nichts, vielleicht erklärt es etwas.“⁶⁾

So faßt Erich Selbmann, der Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“ von 1966 bis 1978 – anschließend war er Leiter des Bereiches Dramatische Kunst, wo Spielfilme, Fernsehspiele und Serien produziert wurden – die Einstellung seiner journalistischen Kollegen zusammen. Damit vertrat er eine mittlere Position zwischen einer harten Kritik und Selbstkritik an der Rolle der SED-Journalisten beim Niedergang der DDR und einer Verteidigung dieser Rolle.

Nach Selbmann war „dieses Medium Fernsehen... mitgegangen, so weit wie die Grenze gezogen war. Ja, in einzelnen Punkten hatte das Fernsehen sogar die Weisungen noch verschärft... denn von einem bestimmten Zeitpunkt an hat man ja eine Schere im Kopf... Ich möchte jetzt nicht sagen, daß ein jeder sich jeden Morgen bewußt gezwungen hat: Nun mache ich bewußt etwas anderes als ich

⁶⁾ Erich Selbmann, Gespräch am 22. März 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 214.

eigentlich machen wollte. Die Losung von der Erfolgspropaganda, also am Erfolg stimulieren, das zeigen, was in einem erfolgreichen Bereich gelungen ist, um jene anderen anzuspornen, es ebenso gut zu machen. . . Es hatte auf den ersten Blick ja einen vernünftig klingenden Ton. Wir haben die Psyche der Bevölkerung falsch eingeschätzt, zu gering veranschlagt.“⁷⁾

Die rasche Veränderung der „Aktuellen Kamera“ nach dem 18. Oktober 1989 erklärte Selbmann so: „Nun kann man sagen: diese Wendehälse. Nein, im Grunde genommen waren die Diskussionen im Bereich der Dramatischen Kunst, in Teilen der Publizistik und vor allem in der Aktuellen Kamera schon so weit, waren die Widersprüche innerhalb der Kollektive und zwischen den Kollektiven und der Leitung des Hauses so zugespitzt, daß dann, als die Ereignisse selbst es diktierten, auch die Leute mit ihren Ideen und Vorschlägen parat waren, Leute, die frei reden konnten, Leute, die lebendig waren, natürlich auch Fehler machten und sicher auch in Zukunft welche machen werden, die aber doch auf der Höhe der Aufgaben standen.“⁸⁾

Klaus Schickhelm, der Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“ von 1984 bis Juli 1990, erläuterte uns in unserem Interview am 6. März 1990 die Entwicklung der politischen Anleitung der „Aktuellen Kamera“ folgendermaßen: „Also wenn ich Ihnen mal sage, ich habe hier Nachrichten schreiben gelernt, Ende der sechziger Jahre, also richtig Nachrichten schreiben gelernt als Nachrichtenredakteur. Das war so 1967 bis Anfang 1970. Und wenn ich das dann vergleiche, was später gemacht werden mußte, war dort eine relative Freiheit für den Nachrichtenjournalismus. . . Und dann kam die Zeit der Pflicht, daß also Nachrichten nur übernommen wurden. . . Und das ist dann bis zu dieser absoluten Verhärtung gekommen, daß da kein Spielraum mehr war. Und die Anordnung kam per Intervention. Es ging so weit, da gab es einen Medienverantwortlichen in dieser früheren Parteiführung, Herrmann, der sich mit einem ganzen Stab von Leuten umgeben hatte und sozusagen täglich diktiert hatte, wie diese AK bis zu einzelnen Formulierungen zu laufen hat. Das heißt, hier wurde ein Vorschlag erarbeitet, wie die Sendung aussehen könnte, schriftlich, der wurde dann durch eine Sekretärin dorthin telefoniert, der kam dann zurück, völlig verändert. Die Sendung war dann nach seinen Gesichtspunkten gebaut. Ob da sieben Wortnachrichten hintereinander kamen oder nicht, war völlig egal. . . Da gab es einmal in der Woche eine spezielle Anleitung, da ist aller-

dings der Chef dieses Hauses hingegangen, der hat das dann hier entsprechend weitergegeben.“⁹⁾

Karl Eduard von Schnitzler, der ehemalige Leiter und Moderator des „Schwarzen Kanals“ beim Fernsehen der DDR vom 31. März 1960 bis zum 30. Oktober 1989 bedurfte keiner besonderen Anleitung, um seine polemische Auseinandersetzung mit dem westdeutschen „Klassenfeind“ zu führen: Der „Schwarze Kanal“ „ist ein Produkt des Kalten Krieges gewesen, und am Anfang brauchten wir nicht zu differenzieren. Da konnte ich montags alle Feinde in einen Sack tun, zumachen, draufhauen, immer in der Gewißheit, den richtigen zu treffen. Dann durchbrachen wir auch mit Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten die diplomatische Blockade, und das führte zwangsläufig zu einer Veränderung dergestalt, daß man nicht mehr einzelne Politiker persönlich angriff, sondern daß es mehr versachlicht wurde, mehr zu einer sachlichen Auseinandersetzung Sozialismus – Kapitalismus wurde. . .“¹⁰⁾

Entsprechend leitete von Schnitzler zum Beispiel im Anschluß an den Prager Frühling eine Kommentatorengruppe und sprach regelmäßig Kommentare für die „Aktuelle Kamera“. Seinen Mangel an akademischer Ausbildung zum Journalismus verglich er mit Marx, bei dem ja auch „alles Journalistik“ gewesen sei, was er gemacht habe¹¹⁾. Seiner Auffassung nach wurde der „Schwarze Kanal“ zunehmend zu einer „Schnell- und Spezialinformation für Funktionäre unserer Massenorganisationen, Partei, Gewerkschaft, FDJ, Politoffiziere, der Armee überhaupt. . . Das war Mitte der siebziger Jahre.“¹²⁾

Am 15. September 1968 war beim Ministerrat der DDR ein Staatliches Komitee für Fernsehen gegründet worden. In diesem Komitee waren die Hauptabteilungsleiter des Fernsehens der DDR, der Chefredakteur der „Aktuellen Kamera“ und der Chefkommentator des Fernsehens der DDR, von Schnitzler, vertreten; v. Schnitzler über Diskussionen in diesem Komitee: „Es wurde gelegentlich diskutiert, aber dann saß ja meistens ein Vertreter der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees da, und der griff ein und sagte, warum das so und nicht anders sein sollte. Und gab dann auch Begründungen, wo man zuerst sagen konnte, ach ja, man zeigt ja nicht das Schlechte vor, sondern man zeigt das Gute vor, aber mein Gegenargument war: Ich bin für Erfolgspropaganda, aber sie darf nicht so ausschließlich

7) Ebd., S. 224.

8) Ebd., S. 219.

9) Klaus Schickhelm, Gespräch am 6. März 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 256.

10) Karl Eduard von Schnitzler, Gespräch am 31. März 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 271 f.

11) Ebd., S. 273.

12) Ebd., S. 274.

sein... Was aktuell ist, wurde bestimmt. Das hat aktuell zu sein und das nicht. Auch einer der Fehler und Anmaßungen der Einheit Führung und Informationspolitik.“¹³⁾

Zur Frage nach Veränderungen in der Berichterstattung der „Aktuellen Kamera“ meinte von Schnitzler: „Da fange ich lieber bei meiner eigenen politischen Haltung an. Das Wort ‚Genosse‘ ist inzwischen ein Schimpfwort, eine Beleidigung geworden und das Wort ‚Sozialismus‘ ein Schimpfwort. Das kann man deutlich hören. Die beiden Begriffe werden nur noch im negativen Sinne benutzt... Das passierte im Übergang vom Januar zum Februar.“¹⁴⁾

Die aufgeführten Zitate können die Bandbreite der journalistischen Berufsauffassungen derjenigen unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner wiedergeben, die bei ihren anderen Antworten klarmachten, daß sie über die historische Niederlage der SED-Politik und des real existierenden Sozialismus nicht gerade begeistert waren. Dementsprechend versuchten sie auch alle, bestimmte Aspekte der Vergangenheit so aufzubereiten, daß sie in einem „günstigen Licht“ erschienen. Subjektiv waren sie zur Zeit der Durchführung der Interviews vermutlich davon überzeugt, daß sie mit ihren Stellungnahmen sehr weit gingen, ehemalige Tabus gebrochen hatten, kritisch und selbstkritisch geworden waren – und im Unterschied zu früheren Befragungen und Selbstbefragungen vor der revolutionären Wende waren sicher auch für sie ganz erstaunliche Lernprozesse abgelaufen. Dennoch wurden systematisch bestimmte Unterdrückungsmechanismen ausgeblendet, die wir nur dadurch erkennen konnten, daß wir außerhalb der Redaktion und außerhalb des Deutschen Fernsehfunks Interviews durchführten.

Deshalb sollen die drei Befragten, die sich am eindeutigsten befriedigt darüber zeigten, daß die empörenden Zustände im Deutschen Fernsehfunke und in der DDR endlich abgeschafft worden waren, nun etwas ausführlicher zitiert werden, als es einer an vornehmlich quantitativen Kriterien orientierten Inhaltsanalyse entsprechen würde. So

¹³⁾ Ebd., S. 281f.

¹⁴⁾ Ebd., S. 286. Interviewer von drei Meinungsforschungsinstituten waren von Mitte September bis Anfang Oktober 1990 in der damaligen Bundesrepublik Deutschland und der damaligen Deutschen Demokratischen Republik unterwegs und führten repräsentative Meinungsumfragen für den „Spiegel“ durch. Im Spiegel Spezial „Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt“, Hamburg 1991, S. 34, wird ein in diesem Zusammenhang wichtiges Ergebnis mitgeteilt: Den befragten Westdeutschen und Ostdeutschen wurden dreizehn Begriffe genannt, zu denen sie sagen sollten, welche ihnen „sympathisch“ oder „unsympathisch“ seien. Für „unsympathisch“ erklärten 85 Prozent der Ostdeutschen den Begriff „Genosse“ (ähnlich: 88 Prozent der Westdeutschen).

sagte uns Horst Mempel, der Autor der ersten selbstkritischen Sendung des Fernsehens der DDR, „Klartext“ (vom 22. Januar 1990), in unserem Gespräch am 20. März 1990, wie eng die Vorgaben für die Abfassung von Beiträgen gewesen waren. Es mußte zum Beispiel bei wirtschaftlichen Themen verkündet werden, daß es sich bei der Technologie um internationale Spitze handelte, die Arbeitsproduktivität damit steige, Kosten, Arbeitszeit, Einsatz von Material und Arbeitskräften gesenkt würden, Arbeitserleichterungen die Folge und mit den Investitionen Sozialleistungen verbunden seien. Zu technischen Neuerungen mußten die Interviews so geführt werden, daß die Interviewten in der Regel mitzuteilen hatten: Stolz auf die moderne Technologie, Bereitschaft zu höherer Leistung, Zuversicht in die Politik der Partei, Dankbarkeit für die Sozialleistungen und Stolz auf die Republik¹⁵⁾.

Demgegenüber behauptete zum Beispiel der Bonn-Korrespondent der „Aktuellen Kamera“ von Januar 1989 bis Juni 1990 in unserem Gespräch am 26. Februar 1990: „Wir hatten, wenn ich mich nicht irre – ich habe die Statistik leider nicht mehr –, in den 30 Minuten 12 oder 15 Leute pro Sendung zu Wort kommen lassen. Normale Menschen, keine Politiker. Und die haben alle so geredet, wie sie es heute nicht mehr wahrhaben wollen. Die wurden nicht unbedingt immer genötigt. Das ist zwar später schwieriger geworden für meine Kollegen von der Innenpolitik, aber es war immer noch möglich. Die haben sich nicht verweigert, die haben so geredet. Wir waren ja froh, wenn einer nicht gesagt hat ‚Der Sozialismus siegt!‘, sondern wenn einer gesagt hat ‚Ich arbeite mit all meinen Möglichkeiten, damit es besser wird in unserem Land.“¹⁶⁾

Und in dem zur Zeit immer noch aktuellsten Handbuchartikel zum Fernsehen der DDR heißt es: „Ein untrennbarer Bestandteil der Programmgestaltung ist die schöpferische Zusammenarbeit mit den Zuschauern. So erhielten allein im Jahre 1988 1 304 Bürger aus allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, sich in der Nachrichtensendung ‚Aktuelle Kamera‘ zu Entwicklungsproblemen und -prozessen in der DDR sowie zum weltweiten Kampf um die Erhaltung des Friedens zu äußern.“¹⁷⁾

¹⁵⁾ Horst Mempel, Gespräch am 20. März 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 128.

¹⁶⁾ Gespräch mit Lutz Renner am 26. Februar 1990, Manuskript, S. 16.

¹⁷⁾ Vgl. den Beitrag des Honorarprofessors für Fernsehtheorie an der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR in Potsdam-Babelsberg, V. Gerber, Das Rundfunksystem der Deutschen Demokratischen Republik, in: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1990/91, Baden-Baden-Hamburg 1990, S. A 105 (redaktionell abgeschlossen Anfang 1990). Demgegenüber hieß es bereits im Mai 1989 in

Bei unseren Interviews hatten wir systematisch danach gefragt, ob ein Mitarbeiter des Fernsehens der DDR sich so gegen die Zensurpraktiken gewehrt hätte, daß ihm gekündigt wurde. Bei diesen Nachfragen konnte uns nur ein Name genannt werden: Herwig Kipping, ehemaliger Regisseur der Hauptabteilung Publizistik im Fernsehen der DDR. In unserem Gespräch am 8. Mai 1990 verdeutlichte er, wie in seinem Fall die Interviewpraxis ausgesehen hatte: „Da hatten wir eine Reportage über das Frühlingstreffen oder Pfingsttreffen der Jugend, der FDJ im Prenzlauer Berg gemacht. Und da hat Erich Honecker wohl hundert Exemplare seines Statuts an Genossen verteilt. Und einer davon, der war Brigadier im Prenzlauer Berg, und über den, das war eine Anweisung von der Partei, sollten wir ein Portrait machen, eine Reportage. Nun haben wir das gemacht, mit Einverständnis unseres Leiters und allem möglichen... Wir haben die Reportage über diesen Brigadier von den Dachdeckern im Prenzlauer Berg gemacht. Das Wohnungsbauprogramm war damals ein politischer Eckpfeiler... Wir haben das einfach so gemacht mit dem, der zwar ziemlich sympathisch, 21 Jahre alt, seine ganze Truppe, seine Brigade waren 18-, 19jährige, von überall aus der Republik. Natürlich gab es da Probleme, Führungsprobleme, was weiß ich. Die waren auch einfach lebendig, noch, und trotzdem war es ungeheuer schwer, weil ja jeder DDR-Bürger wußte, was du haben wolltest, wenn du mit einem Mikro kommst. Das wußte jeder im Hinterkopf. Jeder hat's gesagt, hat so getan, als ob... Jeder hatte auch Angst. Die Angst war vielleicht das wichtigste Element. Man hatte selber auch immer Angst, seine Existenz zu verlieren.“¹⁸⁾

Weil dieser Brigadier nicht sagte, was von ihm erwartet wurde, sondern über Probleme sprach – die es in der DDR offiziell nicht geben durfte –, forderte der Vorgesetzte von Kipping, daß ein von ihm schriftlich vorgegebener Text von den Interviewten nachträglich ins Mikrofon und in die Kamera zu sprechen sein. Hierzu Kipping: „Dann bin ich mit dem Zettel hin, hab' die Fragen gestellt und hab' gewartet, daß die das sagen. Bloß, die haben das nicht gesagt. Es gab eben immer eine Sprachregelung. Es gab so verschiedene Schichten. Zu Hause hast du das gesagt und in der Öffentlichkeit hast du das gesagt. Jeder wußte das. Und wir

einer Diplomarbeit der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig in einem Interview mit einem unserer Interviewpartner über die „Aktuelle Kamera“: „Ja, hier war die AK schon öfter. Kommen an, halten die Nase hoch, daß es reinregnet, stellen ein paar dusselige Fragen und uns an die Wand, dann sagen sie uns, was wir sagen sollen, dann fahren sie nach Hause, machen einen schlechten Film und kommen nie wieder.“

¹⁸⁾ Herwig Kipping, Gespräch am 8. Mai 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 173.

haben es gewissermaßen geschafft, ein bißchen in diese andere Sprache hineinzukommen, wo die eigenen Probleme, wo das eigene anfang. Und nicht diese Blasen. Wo wir aber soweit waren, haben die sich gedacht, wieso sollen wir jetzt diese Blasen sagen. Die haben einfach keine Sprechblasen mehr erzählt. Keine dieser offiziellen Floskeln, die einfach dann gesagt wurden, um das zu erfüllen. Wir waren gewissermaßen schon weiter und hatten ein Vertrauensverhältnis zu denen aufgebaut, und die haben das einfach nicht gesagt. Da haben sie uns gedroht...: ‚Wenn ihr das nicht könnt, dann geht die AK hin und macht das in einer halben Stunde.‘ Die haben das ja einfach so gemacht, haben irgendwelche Leute genommen, haben so eine Schriftwand hingestellt und haben das ablesen lassen. Oder sie haben es direkt ablesen lassen.“¹⁹⁾

Angesichts widersprüchlicher Äußerungen in den Interviews zur journalistischen Praxis ist es wohl nicht schwer, im Kontext der jeweiligen Berufslaufbahnen zu vermuten, welchen Aussagen mehr Vertrauen zu schenken ist. Wie eng eine bewußt verzerrende Wahrheitsauffassung mit der offiziellen Agitation und Propaganda für einen SED-Journalisten in der damaligen DDR verbunden war, soll im folgenden Abschnitt verdeutlicht werden.

3. Im Dienste des Klassenkampfes: „Immer nur die halbe Wahrheit“

Ein Transparent bei Demonstrationen in der DDR im Oktober 1989 lautete: „Die halbe Wahrheit lenkt am besten von der ganzen ab.“ Eine unserer Interviewpartnerinnen sagte uns ganz deutlich, daß wir von ihr vor der Wende „immer nur die halbe Wahrheit bekommen“ hätten. Sie erläuterte auch, nach welchen Kriterien Journalisten für das DDR-Fernsehen ausgewählt wurden: „... daß sie gut zu leiten sind. Es wurden sich jeweils die künftigen Kader immer ausgeguckt, immer junge Leute, die gerade vom Studium kamen, und die wurden dann gezielt gefördert, genau an die Hand genommen, da konnte gar nichts schiefgehen... Wissen Sie, wenn man allabendlich erlebt, wie sein Chefredakteur zum Hampelmann gemacht wird – der war der höchstbezahlte Telefonist in diesem Land... Ich glaube, wir sind alle, bis hin zu Honecker, auch Opfer der eigenen Propaganda.“

Und auf die explizite Nachfrage, wie sie bei Zensurmaßnahmen mitgewirkt habe: „Ich habe Volontäre ausgebildet. Jedes Mal, wenn ich meinen Volontären die Grenzen klarmachen mußte, ist mir schon mit der Zeit klargeworden, daß ich damit irgendwo ihre Kreativität beschneide..., daß man

¹⁹⁾ Ebd., S. 175.

zum Lügen gezwungen wird.“ Der Kontext dieser bewußten Lügenbildung und -verbreitung war der Klassenkampf: „Das mit dem Klassenfeind“ wurde „wirklich ernst genommen“. „Klassenfeinde gab es, und die gibt es auch noch, so wie es noch Klassen gibt und Klassenunterschiede und antagonistische Widersprüche.“ Deshalb wurde keine Alternative zum SED-Regime gesehen. Bereits Überlegungen hierzu waren extrem tabuisiert, verbunden mit der Angst vor einer Spaltung der SED und einem Verlust des eigenen Lebenssinns. Die Zeit nach der Wende wurde als eine Überlebensfrage interpretiert, bei der „für einen selbst immer so viel Würde bleiben“ sollte, daß man damit leben konnte.

Von keinem unserer Interviewpartner wurde uns mitgeteilt, daß es für die „Aktuelle Kamera“ jeweils Jahrespläne gab. In dem für 1989 wurde zum Beispiel vorgeschrieben, daß nachzuweisen sei, daß das „Antlitz des Sozialismus auf deutschem Boden noch nie so menschlich war wie heute“. Generell herrschte der Versuch vor, hauptsächlich oder fast ausschließlich über die Zeit nach der revolutionären Wende zu sprechen und die eigene Beteiligung bei der journalistischen Arbeit vorher herunterzuspielen. Diejenigen, die bereits pensioniert waren oder kurz vor der Pensionierung standen, betonten eher, daß sie nichts von ihrer Tätigkeit zu revidieren oder abzustreiten hätten. Die Anleitungen und Kontrollmechanismen der Vergangenheit wurden im Rückblick als „selbstverständlich“ – wenn auch schwer erträglich – interpretiert: „Wir hatten eben diesen hochoffiziellen Status.“ Für die Zeit nach der Wende wurde das eigene Bemühen hervorgehoben, „ein bestimmtes journalistisches Format zu haben, von bestimmten moralischen Grundsätzen, von bestimmten humanistischen und antifaschistischen Grundsätzen her zu berichten“.

Vor der revolutionären Wende war für einige der Befragten das „aner kennende Wort“ des ZK-Sekretariats für Agitation und Propaganda für die fernsehjournalistische Arbeit positiv motivierend. „Das waren ja Leute, die auch irgendwo eine Vergangenheit hatten, und die ging ja teilweise zurück bis in die Emigrationszeit usw., und die auch von einem politischen Ethos aus durchaus gehandelt haben, die auch bereit waren, solche Leistungen anzuerkennen.“ Die vermutlich kollektive Rechtfertigungsideologie vieler Mitarbeiter der Redaktion der „Aktuellen Kamera“ war, daß sie als DDR-Bürger wußten, „was ein DDR-Bürger will“. Auf der anderen Seite betonten einige unserer Interviewpartner, daß die „Aktuelle Kamera“ nicht mehr gesehen wurde, weil sie an den Problemen und Erfahrungen der Bevölkerung vorbei berichtete.

„Sprachregelungen gab es eigentlich nur bis Okto-

ber. Die gingen sogar sehr weit, diese Sprachregelungen, und waren manchmal auch unverständlich. Um ein Beispiel zu sagen: Man durfte ‚Neonazi‘ sagen, aber nicht ‚Neofaschisten‘, wo für mich kein Unterschied besteht... Diese Phase der Einmischung ist faktisch mit dem Sturz von Honecker beendet worden... Zum Beispiel ‚Mauer‘ durfte früher nicht gesagt werden.“²⁰⁾

Die meisten Interviewpartner betonten, daß sie immer wieder versucht hätten, die ihnen von der Partei gezogenen Grenzen etwas hinauszuschieben. Für kritischere Beobachter stellte sich deshalb die folgende Frage: „Was ich nicht genau weiß, ist, ob die Machthaber dieses Landes, das von ihnen produzierte rosarote Zerrbild unseres Landes am Ende tatsächlich für das Abbild der Realität halten (das wäre die Hohe Kunst des Selbstbelügens), oder ob ihnen die Hohlheit des Ganzen bewußt ist. Das letztere ist, finde ich, wahrscheinlicher, aber das eine wie das andere ist Machtmißbrauch. Die Zuschauerzahlen der Aktuellen Kamera wurden als erste zur geheimen Verschlußsache – auch für Fernsehmitarbeiter – erklärt... Wir hatten immer argumentiert, daß die AK anders werden muß, denn wenn die so wenig Leute sehen, dann kann sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Da ist doch was falsch. Und man hat die Konsequenz gezogen, die bei uns normalerweise gezogen wird: man verheimlicht, man buddelt zu, man deckt zu.“²¹⁾

In inoffiziellen Begründungen der offiziellen Rolle der „Aktuellen Kamera“ wurde auch gesagt, daß sie eine andere Funktion als alle anderen Sendungen des Fernsehens habe, weil sie im wesentlichen für das Ausland und für die Geschichte bestimmt sei und deshalb ein möglichst positives Bild des Sozialismus zu bieten habe. In seiner Sendung „Klartext in eigener Sache“ vom 22. Januar 1990 (im ersten Programm des Fernsehens der DDR) resümierte Horst Mempel: „Vielleicht war die verlogene Informationspolitik von all dem, was unserem Volke angetan wurde, das Schlimmste. Sie wirkte gewissermaßen zweifach, weil mit dieser Vergewaltigung der Wahrheit auch noch alle anderen Fehlleistungen der ehemaligen Führung vertuscht werden sollten, als die Machthaber wankten.“

„Es wurden von Politikern... Aufträge erteilt an das Fernsehen. Wir gehörten ihnen. Wir mußten jubilieren, wir mußten alles das machen, was sie

²⁰⁾ Gespräch mit Lutz Renner (Anm. 16), S. 6.

²¹⁾ Horst Mempel (Anm. 15), S. 119, Zitat aus seinem Tagebuch – der Anlaß war seine Programmbeobachtung der Aktuellen Kamera vom 22. Oktober 1988. Vgl. zu dieser Problematik auch Rainer Geißler, Agitation als Selbsttäuschung. Thesen zu den politischen Funktionen des DDR-Fernsehens vor der Wende (am Beispiel der Aktuellen Kamera), in: P. Ludes (Anm. 1), S. 297–306.

wollten... Ob das wirkungsvoll war, ob das irgend jemanden bewegt hat, ob das gut war, das war nicht entscheidend. Und auch die Herren, die das dann beurteilten, dieser Clan von Herrmann, Politbüromitglied Herrmann, die interessierte in erster Linie, ob das Thema auf dem Sender war. Dafür wurde Beifall geklatscht, und wenn die da oben Beifall klatschten per Telefon..., dann wurde es verteilt, das Ostgeld.“²²⁾

Beschönigungen der Berichterstattung wurden mit den Notwendigkeiten des Klassenkampfes begründet: „Und das Allerschlimmste, und was sehr viel unserer Zensur beeinflußt hat bzw. uns als Begründung für unsere Zensur um die Ohren gehauen wurde, das spielt, das müssen Sie mal hier irgend jemanden aus der Chefetage fragen, das spielt der Gegner uns vor. Das war etwas ganz Böses, daß der Westen das aufzeichnete in seiner Sendung, meinetwegen in Kennzeichen D.“²³⁾ Die Berichterstattung des DDR-Fernsehens anlässlich des 750-Jahre-Berlin-Jubiläums wurde zum Beispiel wie eine „Kriegsberichterstattungs-Frontbesprechung“ organisiert: „Wir müssen den Feind unbedingt besiegen... Wir müssen dem Gegner zeigen, daß wir besser sind.“²⁴⁾

Die Einschätzung der handwerklichen Fähigkeiten der Mitarbeiter der „Aktuellen Kamera“ war sehr unterschiedlich: Die überzeugten Anhänger des SED-Sozialismus waren auch nach der revolutionären Wende davon überzeugt, daß sie ein außerordentlich gutes handwerkliches Können, ein hohes Maß an Professionalität gezeigt hätten – unter schlechteren technischen und finanziellen Umständen und bei schlechterer Bezahlung als ihre westlichen Kollegen. Demgegenüber äußerten die wenigen kritischen Interviewpartner, die wir fanden, an dieser Berufsauffassung Zweifel: Ihrer Meinung nach war das handwerkliche Können ihrer journalistischen Kollegen im Vergleich zu dem westlicher Fernsehnachrichtenjournalisten erheblich schlechter. Die Erklärung sahen sie darin, daß Journalisten in der DDR nicht nach ihren handwerklichen Fähigkeiten, sondern nach ihrer politischen Loyalität ausgewählt wurden und die Fähigkeit der Unterordnung unter politische Anleitungen wesentlich stärker entwickelt war als eigenständige Recherche und Präsentation von Nachrichten.

Dazu der frühere Regisseur Herwig Kipping: „Die fachliche Kompetenz war nicht das erste. Das erste war, ob man das tun kann, was das Fernsehen – das wurde eigentlich von Anfang an gesagt – als Aufgabe hat, nämlich die Beschlüsse der Partei der Bevölkerung zu vermitteln und dafür zu werben,

also gewissermaßen die Bevölkerung für die Beschlüsse der Partei empfänglich zu machen und zu stimulieren... Es war fast wie eine eigene Klasse. Und es war ein Privileg, dazuzugehören... Wir waren ungefähr 25 Leute und für 10 Mann war Arbeit... Das Diplom war gewissermaßen, auch als Journalist, nur die Eintrittskarte. (Es) wurde so gesagt... ‚Wir machen keine Kunst, sondern wir machen Ideologie‘, das war die Sentenz vom Fernsehen. Überall, auch in der Dramatischen. Das war die Elle, die angelegt wurde.“²⁵⁾

Kipping erläuterte auch die psychischen Mechanismen, die die Angehörigen des Fernsehens der DDR in die Parteidisziplin einbanden: „Also jeder war sich klar, daß er in einem Parteibetrieb arbeitet und für die Partei arbeitet... Wir waren ja alle Brüder und Schwestern. Es war so ein besonderer Ton, es war eine besondere Sprachregelung. Es wurden keine Anweisungen gegeben. Dieses Verhältnis eines Vorgesetzten, das wurde in solchen Besprechungen aufgehoben. Wir wurden alle nur Genossen genannt, auch die Nicht-Genossen, die wenigen. Ich glaube, daß kaum einer ein Nicht-Genosse war... Du warst Genosse. Du warst bei einem Kampfverband. Es wurde immer beschworen, wir lebten doch nur im Krieg. Wir waren an der Front. Das wurde beschworen, nicht als Anweisung, sondern als Einsicht... Du bekamst dann wirklich das Gefühl, du kriegtest eine geheime, geheim anvertraute, verschlüsselte Mitteilung, was jetzt ganz besonders wichtig wäre, damit wir den nächsten Tag überleben.“²⁶⁾

Bezeichnenderweise war der einzige, der seinen Beruf verlor, weil er einen vierten Zensurschnitt in seinem Fernsehbeitrag nicht mitmachen wollte, auch der einzige, der dennoch von sich aus seine Mitwirkung sehr selbstkritisch interpretierte: „Jeder ist irgendwie unterdrückt worden. Jeder ist doch Opfer gewesen. Jeder ist auch ein Täter gewesen, aber der eine mehr, der andere weniger. Und jeder verdrängt jetzt den Täter und spielt das Opfer aus. Auch ich. Ich fühle mich ja auch als Opfer. Aber ich war natürlich auch zu einer gewissen Zeit ein Stück Täter. Ich war sicher ein ganz kleines Würstchen, als Regisseur. Aber es war ja alles auch privilegiert. Selbst wenn du in die Schule gekommen bist, selbst wenn du schon studiert hast, das war schon ein Privileg. Es waren zehn andere, die sich entweder umgebracht haben, die im Knast saßen oder weggegangen sind, für die du deinen Job gekriegt hast. Du warst die Auslese, die hierbleiben durfte, aber nicht bloß als Hilfsarbeiter.“²⁷⁾

22) Gespräch mit Kerstin Mempel und Horst Mempel am 27. März 1990, in: P. Ludes (Anm. 1), S. 136f.

23) Ebd., S. 162.

24) Ebd., S. 161f.

25) Herwig Kipping (Anm. 18), S. 164, 170.

26) Ebd., S. 171.

27) Ebd., S. 182.

So deutlich drückten das die von uns interviewten Chefredakteure der „Aktuellen Kamera“ nicht aus. Entweder war es die Partei, die es an „Offenheit und Ehrlichkeit“ mangeln ließ²⁸⁾ oder es wurde unterschieden zwischen den Teilen der „Aktuellen Kamera“, die realistisch gewesen waren, im Unterschied zu denen, die eben tabuisiert gewesen waren²⁹⁾. Sie übertrieben auch gern die Gefahren, wie der im März 1990 amtierende Chefredakteur unter Hinweis auf eine als besonders mutig erachtete Filmsequenz eines Interviews mit einem Kampfgruppenkommandeur am 10. Oktober 1989 in Leipzig: „Den haben wir interviewt. Das war unser erstes Aufmucken, das wäre noch 14 Tage vorher tödlich gewesen für alle, auch für mich.“³⁰⁾

Erhellend ist in diesem Zusammenhang wohl die Formulierung von Horst Mempel: „Es ist natürlich ein Unterschied, ob man zähneknirschend mitgemacht hat, weil es einfach eine Existenzfrage war, oder ob man als inquisitorischer Geist das noch mit durchgesetzt hat, als Karrierist oder Stalini-³¹⁾“

Bis zum Amtsantritt von Egon Krenz arbeiteten die Journalistinnen und Journalisten der „Aktuellen Kamera“ mit an dem Selbstbild eines real existierenden Sozialismus, der Jahr um Jahr, Monat um Monat zu immer mehr Produktivitätsfortschritten eile. Die Ausreisewelle wurde nicht thematisiert, die Demonstrationen von Tausenden und Zehntausenden wurden bis zum 18. Oktober 1989 als rowdyhafte Ruhestörung nur in wenigen Randmeldungen abgehandelt.

Hätte es in der DDR keine Empfangsmöglichkeiten für „heute“ und Tagesschau“ gegeben, wäre es für die Bürger der DDR unmöglich gewesen, zu erfahren, wie viele ihrer Mitbürger bereits friedlich auf den Straßen demonstrierten. Die Nachrichten- und Sondersendungen von ARD und ZDF hatten aber auch den DDR-Zuschauern seit Jahrzehnten

Formen des politischen Streits, der Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung sowie die neu entstehenden Bürgerbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt, die in der DDR durch Mauer und Gefängnis, Studier- und Berufsverbote unterdrückt wurden und deren Anfänge in der Berichterstattung des DDR-Fernsehens systematisch verschleiert wurden.

Als sich dann in der DDR erste, kleine Oppositionsgruppen bildeten, fanden diese zuerst Gehör im Westfernsehen. Damit wurde den Zuschauern in der DDR klar, daß die jahrelang nur für die Bundesrepublik selbstverständlich und für möglich gehaltene politische Opposition auch in ihrem eigenen Lande Fuß faßte. Die Rolle des Westfernsehens war zunächst eine der Information und Enttabuisierung und dann des Selbstverständlichwerdenlassens ehemals undenkbarer Verhaltensweisen. Bei täglichen Einschaltquoten von über 50 Prozent für ARD und ZDF in der DDR wußte Tag für Tag fast jeder Werktätige, wie auch Stasi-, Vopo- oder NVA-Angehörige³²⁾, daß die anderen ebenfalls wußten: wie viele bereits geflohen waren, wie viele Mitbürger welche Botschaften besetzt hatten, wie viele demonstrierten. Wenn DDR-Bürger dann in ihren eigenen Gemeinden Demonstrationen sahen, wußten sie: Sie waren nicht allein; was sie machten, wurde von immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR positiv bewertet. Information, Enttabuisierung, Entängstigung, die Verbreitung von Verhaltensmodellen wie Kerzen-Demonstrationen oder erst Schutz, dann Erstürmung von Stasi-Gebäuden waren immer rückgekoppelt mit der landesweiten Meldung vom Westfernsehen: „Ihr seid nicht die einzigen, ihr werdet nicht niedergeknüppelt, was ihr macht, ist gut für Freiheit und Demokratie“.

²⁸⁾ E. Selbmann (Anm. 6), S. 226.

²⁹⁾ Vgl. K. Schickhelm (Anm. 9), S. 237f.

³⁰⁾ Ebd., S. 247.

³¹⁾ H. Mempel (Anm. 15), S. 122; s. a. ebd., S. 127: „Es ging uns also an die Existenz, wenn wir uns nicht an die Spielregeln hielten. Im Prinzip stimmt das nicht. Es ging uns nicht an die Existenz. Sie hätten uns nicht umgebracht, sie hätten uns nicht eingelocht. Sie hätten uns nur rausgeschmissen. Wir hätten vielleicht Kohle schippen müssen, und da liegt im Prinzip unsere Feigheit.“

³²⁾ Vgl. aber Georg-Maria Meyer, Vom Klassenfeind zum Kameraden? Soziale Deutungsmuster von Offizieren der Nationalen Volksarmee (NVA), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B36/90, S. 32–39, der berichtet, daß es den NVA-Offizieren verboten war, Westfernsehen zu sehen. Bei politischen Sendungen hätten sich die von ihm im Juli 1990 Befragten bis zum Oktober 1989 auch daran gehalten. Die von uns interviewten DDR-Journalisten hatten demgegenüber alle Westfernsehen gesehen. Als wir die Redaktion im März 1990 besuchen konnten, liefen ARD und ZDF dort regelmäßig. Uns wurde versichert, daß dies auch vor der Wende so gewesen sei.

Andreas Dörner: Politische Sprache – Instrument und Institution der Politik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/91, S. 3–11

Politische Sprache ist weder ein beliebig verwendbares Werkzeug, noch eine eigenmächtige Kraft, die ihren Willen gegen die Menschen durchsetzt. Sie ist immer zugleich ein Instrument politischen Handelns und eine Institution, deren kollektiv verbindliche Regeln jeder Sprecher beachten muß.

Erst wenn man diese Doppelstruktur in Rechnung stellt, versteht man, wie politische Realität durch Sprache konstruiert wird. Politische Sprache prägt unsere Wahrnehmung von Wirklichkeit ebenso wie den Aufbau von Sinnperspektiven, unsere Gefühle ebenso wie unsere Wertungen und Wünsche. Nicht zuletzt stiftet politische Sprache als Institution politische Heimaten und Identitäten. Damit ist sie ein zentrales Steuerungsmedium, das unter Verzicht auf physische Gewalt oder materielle Anreize politische Gefolgschaften sicherstellen kann. Deshalb auch ist der Kampf um die öffentliche Benennungsmacht, der Kampf um Wörter und Formulierungen immer auch ein Kampf um politische Machtstrukturen. Wer die politische Sprache beherrscht, der beherrscht in großem Maße auch die Köpfe und Körper derjenigen, die diese Sprache verwenden.

Durch die bewußte Gestaltung von Sprache lassen sich gegebene Verhältnisse legitimieren und stabilisieren. Wo es jedoch gelingt, die Fragwürdigkeit des Bestehenden oder die Attraktivität von Alternativen aufzuzeigen, da wird politische Sprache zum entscheidenden Hebel von gesellschaftlicher Veränderung.

Horst Dieter Schlosser: Deutsche Teilung, deutsche Einheit und die Sprache der Deutschen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/91, S. 13–21

So wie sich in ökonomischer und sozialer Hinsicht die „Altlasten“ des SED-Staates nur schwer überwinden lassen, so fällt in der ehemaligen DDR auch der Abschied von mentalen und sprachlichen Prägungen durch 45 Jahre kommunistischer Herrschaft schwer. Es ist allerdings zu beachten, daß SBZ und DDR zunächst – wenn auch mit anderen ideologischen Vorzeichen – im wesentlichen ältere kommunikative Ansätze und Traditionen aus den zwanziger und dreißiger Jahren fortführten, während in den Westzonen und der Bundesrepublik häufig eine sehr viel radikalere Neuorientierung stattfand, als man sie mit Blick auf den angeblich so fortschrittlichen „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ für möglich halten möchte.

Wesentliche Brüche in der gesamtdeutschen Kommunikation sind aber auch lange vor 1945 aufzuspüren. Dies wird exemplarisch an kommunikativen Dispositionen aller Deutschen vor 1945, ja sogar vor 1933 aufgezeigt sowie an Themen westdeutscher Eigenentwicklung nachgewiesen. Angesichts der westdeutschen Neuorientierung gegenüber gemeinsamen Traditionen ist zugleich zu folgern, daß der öffentliche wie private Sprachgebrauch in der vormaligen DDR nicht ohne weiteres an den neuen, westdeutschen Normen gemessen werden darf, wie auch der Anpassungsdruck auf die neuen Bundesbürger nicht zur unreflektierten Rechtfertigung sprachlicher Gedankenlosigkeiten in der alten Bundesrepublik mißbraucht werden sollte.

Peter Ludes: „Von mir hätten Sie immer nur die halbe Wahrheit bekommen.“ Interviews mit Journalisten des Deutschen Fernsehfunks der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/91, S. 22–31

Eine Auswertung von 30 im Frühjahr 1990 mit Journalisten des Fernsehens der DDR geführten Interviews ergab Aufschluß über die Entwicklung der Fernsehnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ von 1952 bis 1990 sowie über die journalistischen Arbeitsbedingungen. Im Rückblick sprachen nur fünf der Befragten kritisch und selbstkritisch über ihre eigene Rolle bei Zensur und Selbstzensur. Wir konnten nur einen Mitarbeiter finden, der sich dagegen so gewehrt hatte, daß ihm gekündigt worden war.

Der Grundsatz: „Immer nur die halbe Wahrheit“ war subjektiv legitimiert durch die aktive journalistische Rolle in der Auseinandersetzung der SED – identifiziert mit der Deutschen Demokratischen Republik – mit dem „imperialistischen Klassenfeind der monopolkapitalistischen BRD“. Die Monate nach der durch eine Revolution erzwungenen Wende erschienen dann als Kampf um das eigene berufliche Überleben – verbunden mit dem Ausprobieren von Recherchen, Nachrichtenauswahl und -präsentation in einer Freiheit, die vorher undenkbar erschien.